Nr. 50 — Jahrgang 17 | Einzelnummer 0,20 Zl. | Dienstag, den 3. März 1931

Volkswille

zugleich **Volksstimme** für Bielitz

Anzeigenpr : Für Anzeigen au olnisch-Schlesien je mm 0,1 Zloty für die a ?gespaltene Zeile, außerhal ,15 Zlp. Anzeigen ter Text 0,60 Zlp. von au halb 0,80 Zlp. ei Wiederholungen tarifliche Erm igung.

Geschäftsstelle der „Volksstimme" Bielsko, Republikanska Nr. 41.

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Abonnement: Vierzehntägig vom 1. bis 15. 3. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäfts Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Der Prozeß gegen die Menschewiki

Beginn des Moskauer Prozesses — Die Angeklagten geständig — Der Kampf gegen die Sozialdemokratie und die Internationale — Kommunistische Ablenkungsmanöver

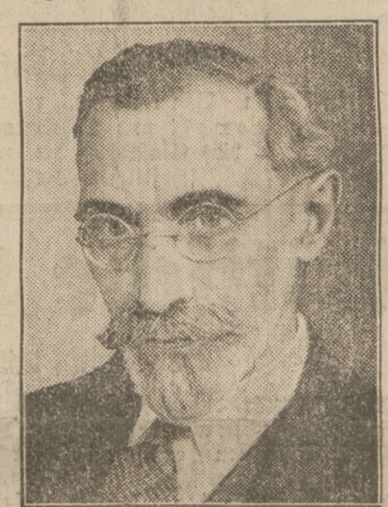
Moskau. Sonntag abend begann der Prozeß gegen das Unionbüro des Zentralkomitees der Menschewiken (Sozialdemokraten) im Verbandshause der Moskauer Gewerkschaften, 200 Fabrikarbeiter, sowie zahlreiche Vertreter der Sowjet- und der Auslandspresse wohnten der Verhandlung bei. Die Frage des Gerichtsvorsitzenden Schwernik, welcher Partei die Angeklagten angehören, beantworteten diese: Wir gehören der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei der Menschewiken an. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft werden vom Gericht Kondrjatieff, Ramsin, Laritscheff, Gwisdeff, Nekrasoff und Scheludkoff als Zeugen vorgeladen. (Siehe Leitartkile.)

Die Angeklagten bekennen sich schuldig

Moskau. Im Prozeß gegen die Mitglieder des Unionbüros des Zentralkomitees der Menschewiken haben, wie die Telegraphenagentur der Sowjetunion nach vierstündiger Verlesung der Anklageschrift sich alle Angeklagten auf die Frage des Vorsitzenden sämtlichen erhobenen Beschuldigungen anerkannt.

Erklärung der Sozialdemokratie

Berlin. Zu den Behauptungen in der Anklageschrift im Moskauer Menschewisten-Prozeß, die deutsche Sozialdemokratie habe das Unionsbüro mit Geldmitteln unterstützt, erklärt der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat niemals durch Geldzuwendungen oder anderweitige Unterstützungen irgend eine Art von Schädlingsarbeit in Rußland gefördert. Sie hat auch niemals durch Geldzuwendungen oder anderweitige Unterstützungen irgendwelche Interventionsabsichten oder Aufstandsbewegungen begünstigt. Alle gegenteiligen Behauptungen, die offensichtlich nur erfunden worden sind, um unsere russische Bruderpartei zu verleumden, erklären wir für unsinnige Lügen.



Rafael Rein Abramowitsch
der Hauptangeklagte in Menschewikiprozeß,
den man beschuldigt 1928 in Moskau gewesen zu sein. Genosse Abramowitsch hat in einer Richtigstellung des „Vorwärts" irgendwelche Rußlandreise bestritten.

Stalins Rettungsanker

Von Theodor Dan.

Vor verbrecherischen Lügen im Kampf gegen ihre politischen Gegner sind die bolschewistischen Diktatoren noch nie zurückgeschreckt. Und doch überbieten sie alle ihre bisherigen Leistungen mit dem Prozeß, der in Moskau begann und in dem die russische Sozialdemokratie auf die Anklagebank gesetzt werden soll, als Partei der „Schädlinge" und „Interventionisten"!

Es genügt, diese zwei Worte mit dem Namen der Partei zusammenzustellen, an deren Spitze Martow gestanden hat und die bis heutzutage fest an den Grundlinien der Martowschen Politik hält, um die ganze bodenlose Verlogenheit der gegen sie gerichteten Anklage zu erfassen.

Unsere Partei war mit dem bolschewistischen Umsturz nicht einverstanden, denn sie meinte, daß auf dem Boden der Demokratie die Interessen der Revolution und des werktätigen Volkes besser gewahrt werden können, als auf dem Boden der Parteidiktatur, die, wie die Sozialdemokratie schon damals voraussah, unvermeidlich zu utopischen Experimenten, zum Terror und schließlich zur Heraufbeschwörung einer konterrevolutionären Gefahr führen mußte.

Keinen Augenblick dachte aber die russische Sozialdemokratie daran, das wirtschaftliche Werk der Bolschewisten irgendwie zu „schädigen". Im Gegenteil, vom ersten Tage an stand sie mit voller Entschiedenheit gegen die „Sabotage", mit der damals der überwiegende Teil der „Intelligenz" die Bolschewisten bekämpfen wollte. Sie trat ein für die positive Mitarbeit an der wirtschaftlichen Auferstehung des Landes aus den Trümmern — erst des Weltkrieges, dann des sogenannten „Kriegskommunismus". Solange die Mitglieder unserer Partei dazu die Möglichkeit hatten, arbeiteten sie eifrig am wirtschaftlichen Aufbau des Landes. Und ohne Uebertreibung kann man sagen, gerade den Menschewisten, ihrem Fleiße, ihren Kenntnissen, ihrer Hingebung verdanken die Bolschewisten einen großen Teil der Erfolge, die ihnen die Epoche der „neuen wirtschaftlichen Politik" brachte. Und das soll die Partei der „Schädlinge" und „Saboteure" sein?

Und die allgemeine Politik? Wir wissen uns eins mit der klassenbewußten Arbeiterschaft der ganzen Welt, wenn wir nach wie vor auf dem Boden der demokratischen Freiheit stehen und nicht von der Genialität diktatorischer „Führer", sondern von der freien und organisierten Betätigung der Arbeiterklasse selbst die sozialistische Befreiung erwarten. Unser Stolz war aber und bleibt, daß wir in unserem Kampfe für die Demokratie niemals die besonderen Kräfteverhältnisse in Rußland, die Interessen der Revolution und die konterrevolutionären Gefahren vergessen haben.

Eben deshalb traten und treten wir noch heute ein gegen den gewaltsamen Umsturz der bolschewistischen Diktatur. Eben deshalb predigen wir die Verständigung der kommunistischen und sozialistischen Arbeiter zum Zwecke der allmählichen und friedlichen Demokratisierung des Sowjetregimes. als den einzigen für die Proletarier gangbaren Weg von der Diktatur zur Demokraie. Eben deshalb haben wir schon in den ersten Tagen nach dem bolschewistischen Umsturz die Losung „Koalitionsregierung der sozialistischen Parteien" — die bolschewistische mit inbegriffen — aufgestellt. Eben deshalb haben wir in den Stunden der höchsten Gefahr, als Denikins Weißgardisten Moskau bedrohten, die Mitglieder unserer Partei mobilisiert und sie zur bewaffneten Verständigung der bolschewistischen Regierung, die uns blutig verfolgte, aufgerufen. Eben deshalb treten wir bis heute gegen alle Pläne der Konterrevolution auf, auch wenn sie sich in den Mantel des Protestes gegen Terror, Verfolgung der Kirche, Zwangsarbeit oder Dumping hüllen.

Und eine solche Partei soll mit der Konterrevolution konspirieren und von ihr ausgehalten werden?

Brauche ich noch ein Wort über den „Interventionismus" unserer Partei zu verlieren? Wir, die wir unablässig gegen die Interventionisten aller Art kämpften und noch kämpfen, die unablässig gegen alle Versuche einer wirtschaftlichen oder finanziellen Blockade Sowjetrußlands protestierten und unablässig die diplomatische Anerkennung der Sowjetregierung forderten und fordern — wir können ruhig mit tiefster Verachtung den Anklägern antworten: Sie kennen ja die ganze Verlogenheit ihrer Anklage ebenso gut wie wir selbst!

Ja, sie kennen sie, und darum wird der ganze Prozeß mit einer raffinierten Perfidie aufgemacht, ide ihresgleichen selbst in

Der Radikalismus macht Fortschritte

Die Wahlen in Braunschweig — Nationalsozialisten und Kommunisten erzielen Erfolge — Rückgang bei den Sozialdemokraten — Das Bürgertum zertrümmert

Braunschweig. Die Kommunalwahlen im Lande Braunschweig sind ruhig verlaufen. Von Zwischenfällen liegen keine Nachrichten vor. In der Stadt Braunschweig dürfte die Wahlbeteiligung von 92 Prozent am 14. September erreicht worden sein. Auf dem Lande waren bis 16 Uhr 70 bis 80 Prozent der Wähler erschienen.

Das Endergebnis der Stadtverordnetenwahlen in der Stadt Braunschweig ist folgendes: Sozialdemokraten 47 672 (gegen Stadtverordnetenwahlen 1928: 44 803), Nationalsozialisten 27 040 (3814), Kommunisten 12 236 (4324), Deutsche Staatspartei 1427, Reichspartei der Nationalen Mitte 154, Mittelstandsliste 6200 (44 716, Nationale Einheitsliste 7924.

Die Verteilung der Sitze

Braunschweig. Die Sitze in der neuen Stadtverordnetenversammlung verteillen sich nach der vorläufigen Rechnung wie folgt: 14 Sozialdemokraten, 10 Nationalsozialisten, 4 Kommunisten, zusammen 7 Sitzte der Mittelstandsliste (Deutsch-Nationale Volkspartei und Nationale Einheitsliste). Das Stärkeverhältnis ist also 18 Sitze links, 17 Rechts. In der letzten Stadtverordnetenversammlung hatten Sozialdemokraten 19, Kommunisten einen, Demokraten einen Sitz, Nationalsozialisten einen Sitz, Volksrechtpartei einen Sitz und die Bürgerliche Einheitsliste 12 Sitze. Bei der Wahl hatten von 115 560 Wahlberechtigten 94 124 das Wahlrecht ausgeübt. Das bedeutet eine 84 prozentige Wahlbeteiligung.

*

Braunschweig. Zur Vergleichung mit den zu den Reichstagswahlen im September 1930 abgegebenen Stimmen können nach dem heutigen Ergebnissen der Kommunalwahlen die auf die SPD, NSDAP und KPD entfallen den Stimmen herangezogen werden. Es ergibt sich nach unserer Berechnung folgendes Bild: Im ganzen Freistadt Braunschweig, wurden heute abgegeben für die SPD 113 114 (gegenüber 126 972 bei der Reichstagswahl 1930) Stimmen, NSDAP 84 570 (83 398), KPD 26 231 (21 317) Stimmen. Die anderen Wahlvorschläge für die Kreistage können zum Vergleich nicht herangezogen werden.

Oesterreich und Deutschland

Der Anschlußgedanke wächst — Dr. Schober zum Besuch des deutschen Außenministers in Wien

Wien. Vizekanzler und Außenminister Dr. Schober veröffentlicht in den „Wiener Neuesten Nachrichten" Erklärungen, in denen hervorgeht, daß angesichts der Herzlichkeit der Beziehungen, die das Deutsche Reich und Oesterreich verknüpfen, der Besuch des reichsdeutschen Außenministers in Wien um so mehr als etwas Selbstverständliches anzusehen sei, als durch das Bedürfnis nach führenden Persönlichkeiten der beiden Länder der Kontakt sichergestellt erscheint. Der politische Gleichklang zwischen dem Deutschen Reich und Oesterreich erleichtere naturgemäß auch die Beratungen der besonderen Probleme, die sich aus der schweren Wirtschaftskrise ergeben, welche ganz Europa verheere. Zum Schluß sprach Dr. Schober die Hoffnung aus, daß der Meinungsaustausch zwischen den reichsdeutschen und österreichischen Staatsmännern die Möglichkeit von Vereinbarungen geben werde, die den einzig gangbaren Weg aus dem derzeitigen chaotischen Zustand der Wirtschaft in Mitteleuropa eröffnen. Auch die „Neue Freie Presse" bringt Aeußerungen Dr. Schobers, in denen er der Freude der österreichischen Regierung Ausdruck gibt, Dr. Curtius in Wien begrüßen zu können. Er betont weiter daß für Oesterreich nur eine wirtschaftspolitische Kombination in Frage kommen könne, in der auch für das Deutsche Reich Raum sei.

Noch keine Einigung Englands mit Gandhi

Neu-Delhi. Zwischen dem Vizekönig und Gandhi fanden erneut zwei lange Besprechungen statt. Die Verhandlungen haben jedoch noch zu keinem Abkommen geführt. Sie werden am Dienstag weitergeführt werden.

der Geschichte der bolschewistischen Justiz kaum findet. Als vor Jahren der „Prozeß der Soizalrevolutionäre“ inszeniert wurde, so saßen doch auf der Anklagebank wirkliche Mitglieder des Zentralkomitees der Sozialrevolutionären Partei. Die Angeklagten, die jetzt das „Unionbüro des Zentralkomitees der Sozialdemokratischen Patrei Rußlands“ darstellen sollen, **haben nicht nur nichts gemein mit den Zentralinstanzen unserer Partei, sondern sind fast ausnahmslos vor zehn und mehr Jahren öffentlich aus unserer Partei ausgetreten.** Sie wollten parteilos sein und meinten, daß die „rein sachliche Arbeit“ besser als die politische Opposition den wirtschaftlichen Aufbau des Landes und zugleich den allmählichen Abbau der Diktatur und die Rückkehr zur demokratischen Freiheit fördern würde. Das war gewiß eine Illusion. Aber diese Illusion wurde ihnen von den Bolschewisten selbst, ja von Lenin selbst in den Jahren der „neuen wirtschaftlichen Politik“ beigebracht. Sie wurden auf die höchsten Posten gestellt, als „echte Sowjetspezialisten“ und „Volksgelehrte“ gefeiert. Und nun müssen sie diese Illusionen büßen, müssen die Rolle der Prügelknaben für die Rykow, Bucharin, Tomski, für die ganze „alte Garde“ des Bolschewismus spielen, die sich unzertrennlich mit der „Nep“, mit der „neuen ökonomischen Politik“, verbunden hat, die der abenteuerlichen „Generallinie“ nicht folgen kann, weil sie an ihrem Ende die Katastrophe und die Konterrevolution sieht, und die man eigentlich meint, wenn man auf Groman, Suchanow und ihre Leidensgenossen losschlägt!

Dieselben Groman und Suchanow müssen aber auch die Partei vertreten, der sie mehr als 10 Jahre vordem den Rücken gekehrt haben, von der sie nichts wissen, mit der sie schon lange nicht mehr verbunden sind! Auf diese Weise denken die feigen Henker mit der Sozialdemokratie leichter fertig zu werden. So glauben sie leichter die erforderlichen „Beweise“ bekommen zu können, als wenn sie sich mit uns von Gesicht zu Gesicht in freiem, offenem und ehrlichem Kampfe auseinandersetzen versuchten. Sie kennen ihre eigene Niedertracht nur zu gut! Ist es nicht bezeichnend, daß gerade in diesem Prozeß der berühmte Wyschinsky, der bisher immer in solchen Fällen den Vorsitz führte, nicht figuriert? Warum? Ja, eben weil er selbst aus unserer Partei ungefähr zu derselben Zeit ausgetreten ist, wie Groman, Fuchanow und ihre Mitangeklagten!

Ob es den Henkern durch ihre nur allzubekannten Methoden gelingen wird, diesen oder jenen Angeklagten zu „Geständnissen“ zu zwingen, deren wir so viele in anderen Prozessen erlebt haben und deren Vorgeschmack uns die schamlose und lächerliche Lüge über die angebliche Reise des Genossen Abramowitsch nach Moskau gibt, das werden wir in den nächsten Tagen sehen.

Die Henker können unzählige Menschenleben vernichten; der Sozialdemokratie können sie nichts antun. Da die sozialdemokratischen Ideen auch in Rußland aus den Lebensbedürfnissen der Arbeiterklasse selbst geboren werden, so wird auch der Prozeß nur ihre Popularität in der russischen Arbeiterschaft fördern. Hoffentlich wird er auch im internationalen Proletariat zum Verständnis der geschichtlichen Aufgaben der russischen Sozialdemokratie beitragen.

Jeder ehrliche klassenbewußte Arbeiter muß sich doch einmal fragen: Wie kommt es, daß gerade in den Tagen, wo im Lande der „proletarischen Diktatur“ vom „An-die-Wand-Stellen“ der Sozialdemokraten gesprochen wird, **die scharfmacherischesten der deutschen Kapitalisten feierlich und mit Freundschaftsbezeugungen empfangen werden?** Die Borsig, die Poensgen und wie sie alle heißen. — ja, sie werden aus ganzem Herzen der Vernichtung dieser sozialdemokratischen „Schädlinge“ applaudieren.

Ja, die Scharfmacher der ganzen Welt werden an dem Prozeß gegen die Sozialdemokratie ihre reine Freude haben! Um so mehr haben die Arbeiter der ganzen Welt Ursache, sich mit aller Leidenschaft und Wucht zur Verteidigung der russischen Sozialdemokraten zu erheben. Nicht nur, weil es seit jeher der Stolz der internationalen Arbeiterklasse war und ist, Vorkämpferin im Kampfe gegen jede Ungerechtigkeit, jede Vergewaltigung zu sein, sondern auch weil der Kampf der russischen Sozialdemokratie für die Revolution, für die Arbeiterklasse und für den Sozialismus ihr eigener Kampf ist!

Graham über den Kohlenpreis

London. Der Präsident des Handelsamts, Graham, erklärte gestern abend in Cardiff in einer Rede, daß immer noch in großen Mengen europäische Kohle zu Schleuderpreisen, die teils in gefährlicher Konkurrenz und teils in schlechteren Arbeitsbedingungen im Auslande ihren Grund hätten, auf den Markt gebracht würde. Graham gab der zuversichtlichen Hoffnung Ausdruck, daß die Bemühungen um Abschluß eines Abkommens unter den europäischen Zechenbesitzern zur Sicherstellung eines gerechten Preises stetige Fortschritte machen würden. Ein solches Abkommen könnte schließlich eine Aufteilung der europäischen Märkte mit sich bringen.



Oliver Baldwin verläßt die Arbeiter-Partei

Der Sohn des bekannten Führers der englischen Konservativen, Oliver Baldwin, der bei den letzten Wahlen als Abgeordneter der Labour-Partei in das Parlament gewählt wurde, hat jetzt seinen Austritt aus der Arbeiterpartei erklärt.

Der Kampf um den Panzerkreuzer „B“

Neue Krise im Reich? — Die Verabschiedung des Wehr-Etats
Gegensätze zwischen Sozialdemokratie und Kabinett Brüning

Berlin. Die nächsten Wochen bringen im Reich bedeutungsvolle Entscheidungen. Besonders wird, nachdem durch den Auszug der Rechtsparteien aus dem Reichstag, die Sozialdemokraten und Kommunisten über die Mehrheit verfügen, die Verabschiedung des Wehreatats zu einem Krisenpunkt, vor allen Dingen, weil er die erste Rate für den Bau des Panzerkreuzers B enthält. Brüning ist anscheinend gewillt, die Bewilligung des Panzerkreuzerbaues zu einer Kabinettsfrage zu machen, und für den Fall der Ablehnung, die Etats mit Hilfe des § 48 in Kraft zu setzen. Auch die Frage der Auflösung und Neuwahl des Reichstages ist bereits aufgeworfen worden.

In dieser Situation suchen Nationalsozialisten und Deutschnationale auf der einen, Kommunisten auf der anderen Seite, beide aber unterstützt von den Großunternehmern, im Trüben zu fischen. Es ist unmöglich, alle Falschmeldungen im einzelnen zu dementieren. Festgestellt aber sei, daß alle Nachrichten über heftige Auseinandersetzungen in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die zu stürmischen Zusammenstößen geführt haben sollen, ebenso falsch sind, wie die Mitteilung, daß die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion zum Panzerkreuzer B bereits völlig geklärt und seine Annahme in jeder Beziehung gesichert ist. Bisher hat sich die Fraktion lediglich in zwei Sitzungen eingehend mit der gesamten politischen Lage beschäftigt. Selbstverständlich stand die Frage des Panzerkreuzers B mit im Vordergrund der Diskussion. Beschlüsse sind aber noch nicht gefaßt worden. Das war auch weder möglich noch notwendig. Die Beratung des Wehretats im Reichshaushaltsausschuß wird erst Mitte der nächsten Woche beginnen. Inzwischen werden die Besprechungen mit der Reichsregierung fortgesetzt. Dabei wird aber nicht nur über den Wehretat, sondern über alle schwebenden politischen Fragen gesprochen, also auch über die Fragen der Sozialpolitik, der Agrarzölle usw. Eine neue Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion ist für Montag abend in Aussicht genommen.



Reise deutscher Industrieller nach Rußland

Vor der Abfahrt in Berlin. Von links nach rechts: der Handelsvertreter der Sowjet-Union in Berlin, Ljubimow, Botschaftsrat Bratmann-Brodowski und Geheimrat Kastl vom Reichsverband der deutschen Industrie. Ganz rechts: Geheimrat Conrad von Borsig. — Auf Einladung der russischen Regierung sind zahlreiche deutsche Industrielle zum Studium der wirtschaftlichen Verhältnisse in Sowjet-Rußland nach Moskau abgereist.

Kritische Lage in England

Der Kampf um das neue englische Gewerkschaftsgesetz

London. Der Sekretär des Hauptgewerkschaftsrates, Citrine, hat in einem Schreiben an Macdonald die Einwände vorgebracht, die die Gewerkschaften gegen die Fortsetzung der Verhandlungen über das Gewerkschaftsgesetz erhoben. Sie halten daran fest, daß die Annahme des liberalen Zusatzanrages, der einen Generalstreik so gut wie unmöglich mache, die Rechte der Gewerkschaften in unerträglicher Weise schmälert. Infolgedessen sei das Gesetz in der heutigen Form nicht annehmbar.

Die Empörung unter den arbeiterparteilichen Abgeordneten gegen die Liberalen ist nach wie vor sehr stark. Es verlautet, daß auch Lloyd George mit dem Verhalten der sieben Liberalen im Ausschuß keineswegs einverstanden gewesen sei. Im Gegenteil sei er, wie der „Daily Herald“ behauptet, außerordentlich aufgebracht, weil hierdurch das Schicksal des neuen Wahlgesetzes vollständig in Frage gestellt werde, dessen Durchführung ihm so sehr am Herzen liegt.

Die „Times“ meint, die Liberalen sollten sich zunächst einmal damit zufrieden erklären, daß das Gewerkschaftsgesetz die Rechte der Oeffentlichkeit im Falle eines Streikes nicht beeinträchtige. Es ließe sich dann der Wortlaut des liberalen Zusatzantrages vielleicht in dieser oder jener Form abändern, so daß das Gesetz gerettet werden könnte. Obwohl derartige Versuche schon einmal gescheitert seien, würden sie wahrscheinlich noch zu Beginn der nächsten Woche wieder aufgenommen werden.

Macdonald hatte nach der Rückkehr von seinem Urlaub Besprechungen mit einigen Ministern. Das Kabinett wird sich anfangs der nächsten Woche mit der Angelegenheit befassen.

Mosley gründet eine neue Partei

London. Das ehemalige Mitglied des Kabinetts Sir Oswald Mosley teilt die Bildung einer neuen Partei mit, die sich einfach „Neue Partei“ nennen wird. Diese Partei wird versuchen, bei den nächsten Wahlen mindestens 400 Kandidaten aufzustellen, um die Politik des „Planes eines nationalen Wiederaufbaus“ zu vertreten. Mosley fordert alle bestehenden Parteien heraus, ruft zu freiwilliger Mitarbeit im ganzen Lande sowie zu Geldspenden auf und erklärt, er verfüge bereits über genügend Hilfe, um die neue Organisation ins Leben zu rufen.

Einigkeit zwischen den Deutschnationalen und den Nationalsozialisten

Berlin. Die Vertreter der Reichstagsfraktionen der NSDAP und der DNVP. hielten am Sonntag in Berlin eine gemeinschaftliche Besprechung ab, an der auch die aus der Bauernpartei ausgeschiedenen Abgeordneten teilnahmen. Die Beratungen ergaben, wie der Montag meldet, die allgemeine Uebereinstimmung in der Beurteilung der parlamentarischen Lage und volle Einmütigkeit über die zu ergreifenden weiteren politischen Maßnahmen.

Französisch-englische Flottenbesprechung

Paris. Zwischen den französischen und der englischen Ministern fand Sonntag nachmittag um 15 Uhr am Quai d'Orsay eine Aussprache statt, die bis 18.30 Uhr französischer Zeit dauerte. Die zwischen den Außenministern und Marineministern Frankreichs, Englands und Italiens erzielte Verständigung wird, wie Havas berichtet, von ihnen den drei interessierten Regierungen zur Ratifizierung empfohlen werden.

*

Paris. Um 19 Uhr französischer Zeit haben Briand und Henderson an den italienischen Außenminister Grandi ein Telegramm gerichtet, in dem sie ihr gemeinsames Einverständnis mit den in Rom getroffenen Vereinbarungen feststellen, der italienischen Regierung für loyale und freundschaftliche Haltung danken und ihre Bereitschaft erklären, die erzielten Abmachungen ihren bezw. den interessierten Regierungen zur Billigung vorzulegen. Die Sitzung im Quai d'Orsay ist abgeschlossen

Unzufriedenheit der spanischen Eisenbahner

Paris. Sonntag abend fand im Madrider Volkshaus, wie aus Madrid gemeldet wird, eine von 4000 Personen besuchte Versammlung der Eisenbahner statt, in der eine Entschließung angenommen wurde, in der die Eisenbahner ihre große Unzufriedenheit mit der Lösung der Lohnfrage zum Ausdruck bringen und diese Lösung als Legalisierung eines Lebens des Elends und der Einschränkung bezeichnen. Die Madrider Eisenbahner sprächen in der Entschließung auch ihren Beitritt zur Gewerkschaft der Eisenbahner aus, um ihre durch die Eisenbahngesellschaften und die Regierung „mit Füßen getretenen Rechte“ durchzusetzen.



Henderson in Rom

Der englische Außenminister Henderson (links) bei der Ankunft in Rom; daneben der erste Lord der englischen Admiralität Alexander

Der große Tag der schlesischen Bergarbeiter

Betriebsrätekongreß der Arbeitsgemeinschaft — Der Lohnkampf geht weiter — Arbeiterreduzierungen, die den Lohnabbau bezwecken — Lohnabbau in den Erzbergwerken — Grubenverwaltungen betreiben Bauernfängerei — Kein Vertrauen der Arbeiter zum Demobilmachungskommissar — Willkürliche Arbeiterreduzierungen — Ein Protest gegen die Sanacjagewerkschaften — Das Spiel mit dem Feuer

Die schlesischen Bergarbeiter haben auf dem Betriebsrätekongreß, der endlich gestern stattgefunden hat, mit Ungeduld gewartet. Das ist schließlich begreiflich, wenn man bedenkt, daß das tolle Wüten der Kapitalisten selbst dem geduldigen Arbeiter auf die Nerven gefallen ist. Alles hat seine Grenzen und die Geduld des sonst so zahmen schlesischen Kumpels selbstverständlich auch. Die Arbeiter haben bereits begriffen, daß man mit ihnen Schindluder treibt, daß man sie bis aufs Blut peinigt, um sie eventuell zu unbesonnenen Schritten zu verleiten. Kamerad Swadzba, von der Eminenzgrube hat das ausgesprochen, was alle Arbeiter bedrückt. Er hat gesagt, daß die Provozierung solche Formen angenommen hat, daß die arbeitende Menschheit mit entschlossener Kraft der Provokation entgegentreten muß. Wenn nicht rechtzeitig durchgegriffen wird, dann kann es zu spät sein und die Dinge können über die Köpfe der Gewerkschaften hinwegschreiten. Das hat ein schlichter Bergarbeiter gesagt, der mit offenen Augen das Treiben der kapitalistischen Reptile beobachtet.

Der Betriebsrätekongreß galt der Lohnfrage, der Arbeiterreduzierung, dem Schlichtungsspruch im Bergbau und der Taktik der Arbeitergewerkschaft. Die fürchterlichen Leiden des schlesischen Volkes wurden mit bewegten Worten, sowohl von den Gewerkschaftsführern, als auch von den Betriebsräten geschildert. Gewiß ist es den Arbeitergewerkschaften gelungen, den Anschlag der Kapitalisten auf die Löhne abzuwehren, aber das ist kein voller Sieg. Obwohl der alte Lohntarif bis zum 31. Januar 1932 verlängert wurde, sind die Grubenverwaltungen nicht untätig. Sie wollen die Arbeiter überreden, damit sie freiwillig auf 15 bezw. 20 Prozent des Lohnes verzichten. Auf einigen Gruben ist ihnen das sogar gelungen. Kamerad Grajek erzählte, daß der Arbeitsminister, General Hubicki, solche Verzichtleistung der Belegschaften den Gewerkschaftsführern vorgelegt hat,-als sie in Lohnfraegn bei ihm vorgesprochen haben. Das ist ein Dolchstoß in den Rücken der Arbeitergewerkschaften, die sich redlich bemühen, die elenden Löhne zu erhöhen, während in derselben Zeit Belegschaften und Betriebsräte Abmachungen mit den Verwaltungen über Lohnreduzierung auf eigene Faust treffen, ohne davon die Gewerkschaften zu verständigen. Dadurch wird die Position der Gewerkschaften sehr geschwächt und der Erfolg verhindert.

Allerdings betreiben die einzelnen Grubenverwaltungen Bauernfängerei, indem sie die Arbeiter irreführen oder gar betrügen, wenn nicht überhaupt hintergehen. Der Grubendirektor, Dr. Ronitz, hat ein Zirkular versendet, in welchem ausgeführt wurde, daß der Betriebsrat einem Lohnabbau von 20 Prozent auf den beiden Gruben, der Fürsten- und Heinrichsglückgrube zugestimmt habe, da sonst der Betrieb auf den Gruben eingestellt werden müßte. Diese Zirkulare wurden an sämtliche Grubenverwaltungen versendet und die Folgen sind auch nicht ausgeblieben. Im Rybniker Kohlenbezirk geht man bereits damit hausieren und verlangt von den Belegschaften den freiwilligen Verzicht auf 15 Prozent des Lohnes, denn nur das allein ist in der Lage, die Einstellung der Betriebe zu verhindern. Dabei ist alles, was in dem Zirkular steht, erdichtet. Dem Betriebsrat ist es nicht in den Sinn gekommen, einem Lohnabbau zuzustimmen, ja, er hat sich damit überhaupt nicht befaßt. Nachträglich hat sich herausgestellt, daß auf der Fürstengrube ein Meister solche Meinung geäußert hat und das wurde auf demagogische Art und Weise gegen den Betriebsrat ausgeschlachtet und bei diesem Anlasse ein Anschlag auf die Arbeiterlöhne versucht. Ein solcher Vorgang verdient, öffentlich gebrandmarkt zu werden.

Es gibt aber noch andere Mittel, die den Abbau der Löhne herbeiführen sollen und das sind die Massenreduktionen auf den Gruben. Was hier auf diesem Gebiete geleistet wird, ist wirklich nicht mehr schön und kommt einem Verbrechen an der Arbeiterschaft und der Allgemeinheit gleich. Die Arbeiter sind die Leidtragenden in erster Linie, aber die Allgemeinheit zahlt auch die Kosten und sie wird dadurch immer ärmer. Bezeichnend ist noch die Tatsache, daß, trotz der Massenreduktion, die Produktion nicht fällt, sondern hält sich immer auf der alten Höhe und das besagt alles. Ein Betriebsrat von der Schlesiengrube sagte, daß die Frau eines Kumpels erzählt, **daß ihr Mann zur Arbeit kein Brot mitnehme, weil er während der Arbeit nicht einmal soviel Zeit hat, um es aufzuessen.** So wird der Arbeiter bei der Arbeit gehetzt, und das ist die beste Erklärung dafür, warum die Produktion sich auf der alten Höhe erhält. Den Kapitalisten ist es nicht gelungen, die Löhne abzubauen, so wollen sie ihre Ziele durch die Massenreduktion und durch die wilde Jagd bei der Arbeit erreichen. Ein Vertreter der Gieschegruben hat gesagt, daß die Belegschaft von 14 000 auf 5500 abgebaut wurde, dafür stellten aber die Privatunternehmer die Arbeiter an, allerdings nur für einige Tage. Sie zahlen den Arbeitern Hungerlöhne, bezahlen die Versicherungen nicht, geben keine Deputatkohle, keinen Urlaub usw. Alle Mittel werden angewendet, um den Lohnvertrag zu umgehen.

Nicht minder interessant ist die Meinung der schlesischen Arbeiter über die Funktion des Demobilmachungskommissars und der Arbeitsinspektoren. Die Arbeiter haben zu diesen Herren nicht das geringste Vertrauen. Das ist eine sehr bedauerliche Tatsache, aber die Schuld trifft hier nicht die Arbeiter, sondern die Herren selbst, die das Vertrauen der Arbeiter verscherzt haben. Während der jetzigen Reduktion konnten die Arbeiter wiederholt feststellen, daß sie bei jeder Reduktion vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Selbst in solchen Fällen, wo der Demobilmachungskommissar erklärte, daß die Reduktion nicht genehmigt wird, erfolgt Arbeiterentlassung und es stellt sich dann nachträglich heraus, daß hinter dem Rücken des Betriebsrates die Reduktion abgekartet war. Man zieht in einzelnen Fällen Mitglieder der Federacja hinzu, ohne die anderen davon zu verständigen und reduziert lustig darauflos. Auf der Schlesiengrube hat der Betriebsrat auf das Wort des Demobilmachungskommissars gebaut, der erklätre, daß die Reduktion nicht genehmigt wird und den betroffenen Arbeitern geraten, die Annahme der Entlassungspapiere zu verweigern. Nachträglich erfuhr der Betriebsrat, daß der Demobilmachungskommissar die Reduktion genehmigt hat, und daß man von den Betriebsräten die Ersetznug der Portospesen von 60 Zloty verlangen wird, weil die Entlassungspapiere den Arbeitern per Post zugestellt werden mußten. Auf vielen Gruben werden Ueberschichten bezw. Ueberstunden gearbeitet, aber die Verwaltung stellt den Antrag auf Arbeiterreduzierung.

Mit großer Entrüstung sprechen die Betriebsräte über das gemeine Treiben der Sanacjagewerkschaften (Zespol polski). Diese Richtung wirft in der schweren Zeit den Arbeitern Steine in den Weg und legt Hand an die Verschlechterung der ohnehin fast unhaltbaren Lage. Bei jeder Reduzierung nehmen diese gelben Organisationen jene Arbeiter, die aus anderen Gebieten stammen, in Schutz, führen Sonderverhandlunegn mit dem Demobilmachungskommissar und stimmen jedesmal dem Ansinnen der Verwaltung zu, zum Nachteil für die Arbeiter. Es sind das Arbeiterverräter wie sie im Buche stehen.

Verhandlungsbericht

Um 10 Uhr vormittags wurde der Betriebsrätekongreß durch den Kollegen Krol eröffnet, der die erschienenen Betriebsräte herzlichst begrüßte.

Die Sozialbehörden haben selbstverständlich für überflüssig gehalten, einen Vertreter zu der Tagung zu entsenden.

Außer den Vorstandsmitgliedern haben

176 Betriebsräte von 57 Gruben

an der Tagung teilgenommen, davon waren 37 Betriebsräte des Deutschen Bergbauindustrieverbandes. Auf der Tagesordnung war zuerst das Hauptreferat über

Wirtschaftsfragen, Reduzierung und Lohnabbau,

dann die Diskussion und Sonstiges. Das Hauptreferat erstattete Kamerad Grajek. Der Referent schickte seiner Rede voraus, daß die Leitung der Arbeitsgemeinschaft die Stimmung der Arbeiter hören will. Sie wird in besonderen Resolutionen niedergelegt und von einer besonderen Delegation der Regierung vorgelegt. Dann sagte der Referent, daß die Aussichten für den Bergbau

keine rosigen

sind. Die Kohlenhalden sind sehr hoch und lang, und die Reduktionen nehmen kein Ende.

Die Arbeitsgemeinschaft vertritt den Standpunkt, daß die heutigen Löhne viel zu niedrig sind um den Arbeitern ein

menschenwürdiges Auskommen

zu bieten. Das war die Ursache, warum die Arbeitsgemeinschaft den alten Lohntarif gekündigt hat.

Durch die Kündigung des Lohntarifes wollte noch die Arbeitsgemeinschaft die Pläne der Kapitalisten durchkreuzen, die eine Lohnababauaktion im großen Stil vorbereitet haben.

Die Arbeitsgemeinschaft ist hier selbstständig vorgegangen, ohne Rücksicht darauf zu nehmen, was die anderen Gewerkschaften beschließen werden. Wir hatten einen schwierigen Kampf in Lohnfragen auszufechten gehabt, bis es uns gelungen ist, den Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses zu überzeugen, daß der von den Kapitalisten enthüllte Plan, die Löhne zwischen 10 bis 18 Prozent herabzusetzen, ein

Schlag gegen die gesamte Arbeiterschaft

wäre. Der neue Lohntarif läuft bis zum 31. Januar 1932 und das haben uns die anderen Gewerkschaften sehr übel genommen, weil sie die Monate Mai, bezw. Juli als die geeignete Frist für die Beendigung des Lohntarifes angesehen haben. Wir halten diese Zeit für eine neue Lohnverhandlung nicht für geeignet.

In den Erzgruben ist die Lage viel schwieriger. Die Kapitalisten wollten unter keinen Umständen zulassen, daß die Arbeiter der Erzgruben mit den Kohlenarbeitern gleich behandelt werden. Sie konnten auch ihren Standpunkt durchsetzen daß die Lohnfrage in den Erzgruben gesondert behandelt wird. Die Regierungsfaktoren stimmten dem zu und die

6000 Erzgrubenarbeiter

wurden von den übrigen Bergarbeitern getrennt. Die Folge davon war, daß die Löhne in den Erzgruben am vergangenen Freitag durch einen Schiedsspruch

um 6 Prozent abgebaut

wurden. Diesen Schiedsspruch lehnen wir entschieden ab, denn wir vertreten grundsätzlich den Standpunkt, daß der

Lohnababau zu einer weiteren Verschärfung der Wirtschaftslage

führen muß. Wir haben diesen unseren Standpunkt im Arbeitsministerium vertreten. General Hubicki legte uns aber Erklärungen der Betriebsräte der Erzgruben vor, laut welchen die Belegschaften

freiwillig auf 15 Prozent ihres Lohnes verzichten

und sagte dazu, daß der Kontrakt zwischen Arbeiter und Gewerkschaften

ein engerer

sein muß. (Pfuirufe im Saale.) Grajek sagt weiter: Leider befinden sich unter uns solche, die dem Lohnabbau zugestimmt haben. Sie haben wohl unter Pression gehandelt. Die

Sanacjagewerkschaften haben dem 7 prozentigen Lohnabbau in den Metallhütten zugestimmt.

Das sind

Arbeiterverräter!

Solange solche Herren, wie Nowakowski, Falter und andere, nicht abgebaut, desgleichen die Gehälter der zahlreichen Direktoren mindestens um 80 Prozent gekürzt werden, ist es ein

Verbrechen, den Arbeitern die Löhne zu kürzen.

Man soll uns mit dem Rentabilitätsgerede vom Halse bleiben, solange man

Paläste für 18 Millionen Zloty

wie das Hüttensyndikat baut. Dorthin wandern die Ueberschüsse. Die Arbeiter erhalten

40 Prozent des Wertes der Produktion

während 60 Prozent die anderen einstecken.

Nachdem die Kapitalisten die Löhne im Bergbau nicht mehr abbauen können, nehmen sie jetzt

Rache an den Arbeitern und führen die Reduktion durch.

Hier müssen gewiße Grundsätze aufgestellt werden an die man sich auch halten muß. Unter **keinen Umständen dürfen ältere Arbeiter die keinen Anspruch auf Pension haben reduziert werden, weil sie nirgends mehr Arbeit erhalten.**

Weiter dürfen unter keinen Umständen organisierte Arbeiter reduziert werden.

Wenn schon eine Reduktion durchgeführt wird dann sollen die

unorganisierten reduziert

werden, die den Arbeitern den Kampf erschweren. Ferner müssen sich die Betriebsräte strengstens an das Gesetz halten und bei jeder bevorstehenden Reduktion die Arbeitergewerkschaften sofort verständigen. Dann bespricht der Referent die

Direktorenwirtschaft

auf den Fürst-Plessischen Gruben. Der Prinz wird immer ärmer, und seine Direktoren werden immer reicher. Selbst die Tichauer Brauerei bringt schon Defizite. Die Steuerrückstände der schlesischen Schwerindustrie betragen

74 Millionen Zloty.

Dafür hat der Generaldirektor Kiedron ab 1. Januar eine „Lohnaufbesserung“ von 50 000 Zloty monatlich bekommen.

Zuletzt wendet sich der Redner gegen die Kürzung der Sozialleistungen und weist auf die Vorschläge des Herrn Chmielewsk hin, der eigentlich nur die Forderungen Korfantys aufgegriffen hat. Die Wirtschaftskrise zwingt die Sozialinstitute zur Einschränkung der Leistungen, zumal die Beiträge immer spärlicher einlaufen.

Als zweiter Redner sollte Genosse Hermann auftreten, der jedoch, infolge Heiserkeit das Referat an den Kameraden Bednarski abtreten mußte. Der Referent sprach im Sinne des Hauptreferenten, Kam. Grajek, weiter sprach Kam. Kot, der zu dem letzten Lohnkampfe sagte, daß wir keine Ursache haben, zufrieden zu sein, aber es ist gelungen, den Anschlag auf die Löhne abzuwehren. Was die Arbeiterreduktion und die Feierschichten anbetrifft, so haben wir hier noch nicht alle Mittel erschöpft. Hier bieten sich ebenfalls

gewaltige Schwierigkeiten,

denn das Material, das den Gewerkschaften zur Verfügung steht, beweist gar nichts. Die Betriebsräte haben kein genügendes Material den Gewerkschaften zugestellt, und die Verwaltungen legen Zahlenmaterial bei jeder Reduktion vor, das man nicht widerlegen kann. Wir sind überzeugt, daß diese Zahlen

nicht auf Wahrheit

beruhen, aber wir können es nicht widerlegen. Eins will ich hier unterstreichen, daß bei jeder Arbeiterreduzierung zuerst

der ganze Betriebsrat gehört

werden muß. Erst wenn im Betriebsrat die Sache erledigt wurde, kann die Verwaltung an den Demobilmachungskommissar mit dem Antrag herantreten und nicht früher. Das Bedauerliche ist aber, daß in vielen Fällen die Betriebsräte die Anordnung der Direktion zur Kenntnis nehmen, insbesondere bei der Einlegung von Feierschichten. Es sind sogar schon solche Fälle vorgekommen, daß Betriebsräte vor dem Demobilmachungskommissar die

Notwendigkeit der Reduktion

vertreten haben und gegen die Gewerkschaftsvertreter, die dagegen sprachen, aufgetreten sind. Dann verliest Kam. Kot das Rundschreiben des Direktors Dr. Rontz, in dem es heißt, daß der Betriebsrat dem Lohnabbau von 20 Prozent zugestimmt hat, um die Gruben Heinrichsglück und Fürstgrube in Betrieb zu erhalten. Er bittet die Vertreter des Betriebsrates diese Sache gründlich aufzuklären. Wir müssen entschieden verlangen, daß bei Arbeiterreduktionen, die mehr als 10 Arbeiter betreffen,

auch die Gewerkschaften gehört werden

müssen.

Kamerad Krol klärt auf, daß die

Arbeitsgemeinschaft grundsätzlich jeden Lohnabbau ablehnt.

Er war Beisitzer im Schlichtungsausschuß als der Schiedsspruch für die Erzgrubenarbeiter gefällt wurde. Es bestand die Möglichkeit die Löhne nur

um 4 anstatt um 6 Prozent

zu kürzen, wenn er mit dem Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses gestimmt hätte. Das konnte er mit seinem Gewissen nicht vereinbaren, denn sonst hätte er einer

Lohnkürzung zugestimmt

und heute würde die Arbeitsgemeinschaft gegen den Schiedsspruch nicht ankämpfen können.

Der Kongreß billigt einstimmig seinen Standpunkt

Daraufhin schritt man zu der Debatte über, die sehr leidenschaftlich war und die Stimmung der schlesischen Arbeiterschaft genau beleuchtete. Die Kapitalisten spielen mit dem Feuer und der Demobilmachungskommissar widersetzt sich diesem tollen Treiben nicht. Es würde zu weit führen, wollten wir die Reden der einzelnen Betriebsräte zitieren. Wir haben die drastischen Dinge in der Einleitung angeführt. Hier wollen wir nur einiges aus den Ausführungen des Kam. Kurzitza wiedergeben, der die Direktorenwirtschaft im Fürstl.-Plessischen Revier beleuchtete. Zuerst stellt der Redner fest, daß der Betriebsrat sich in

keiner Sitzung mit der Lohnreduktion

auf Heinrichsglück- und Fürstengrube befaßt hat und konnte auch dazu **keine Zustimmung** gegeben haben. Das hat sich der Direktor aus dem Finger gesogen. Er wollte die Arbeiter irre führen

Polnisch-Schlesien

Die Kosten des Angezeigten

Wer muß sie tragen?

Wer angezeigt und verurteilt ist, hat außer den Kosten des Verfahrens auch seine eigenen zu tragen. Das ist allgemein bekannt. Aber die weitaus größere Anzahl aller Anzeigen endet mit einer Verurteilung des Angezeigten, sondern mit einer Einstellung der behördlichen Ermittlungen Das liegt zum Teil daran, daß häufig Anzeigen erfolgen, bei denen es sich um zivilrechtliche Streitigkeiten handelt, für die der Prozeßrichter zuständig ist, oder das gerügte Verhalten fällt unter kein Strafgesetz oder die Beweismittel reichen bei Bestreiten des Beschuldigten nicht aus. Mitunter gehen auch Anzeigen ein, die sich später als gänzlich unbegründet, als Racheakte herausstellen. Immerhin kann die Anklagebehörde in der Regel die Anzeige nicht von vornherein zu den Akten legen, sondern muß den Beschuldigten wenigstens mal hören. Schon wenn sie mit dieser Vernehmung den Amtsvorsteher oder die städtische Polizei beauftragt, werden dem Beschuldigten Unkosten durch die Wahrnehmung des Termins entstehen. Reisekosten fallen zwar in der Regel weg, weil in diesen Fällen der Terminsort gleichzeitig auch der Wohnort des zu Vernehmenden sein wird. Aber es bleiben die durch die Zeitversäumnis verursachten Kosten, Verdienstausfall, Kosten für die Vertretung im Geschäft usw. Wird nun gar das Gericht um die verantwortliche Vernehmung des Angezeigten ersucht, so kommen, wenn der Beschuldigte nicht gerade am Gerichtsort wohnt, die unter Umständen nicht unerheblichen Reisekosten noch dazu. Wer ersetzt nun diese Kosten dem Angezeigten, wenn das Ermittlungsverfahren mit einer Einstellung endet, wenn es also garnicht erst zur Anklageerhebung kommt?

Die weit verbreitete Ansicht, die genannten Kosten hätte die vernehmende Behörde, also Polizei oder Gericht, zu ersetzen, ist unrichtig. Das Gericht bezahlt zwar die Unkosten der Zeugen, aber nicht die des unschuldig Angezeigten. Auch die Staatsanwaltschaft ist zur Kostentragung nicht verpflichtet. Es gibt niemanden, an den sich der Beschuldigte halten könnte, er selber trägt seinen Verlust. Das mag in vielen Fällen unbillig sein, entspricht aber dem geltenden Recht. Nur wenn ein Ermittlungsverfahren durch eine wider besseres Wissen gemachte oder auf grober Fahrlässigkeit beruhende Anzeige veranlaßt worden ist, können nach Anhörung des Anzeigenden diesem die dem Beschuldigten erwachsenen Kosten auferlegt werden.

Wesentlich besser in dieser Beziehung steht der Angezeigte, gegen den die öffentliche Klage erhoben ist. Denn wird er freigesprochen oder außer Verfolgung gesetzt, so können die ihm erwa...enen notwendigen Auslagen der Staatskasse auferlegt werden. Aber wie gesagt, es kann das geschehen, ein Rechtsanspruch besteht nicht. Außerdem sind ersetzbar nur die notwendigen Auslagen, nicht also auch der entgangene Arbeitsverdienst.

Neue Gerüchte über den Rücktritt des schlesischen Wojewoden

Die „Polonia", die nun schon reichlich oft über die Abberufung des Wojewoden Grazynski zu berichten wußte, will nun aus ganz sicherer Quelle erfahren haben, daß der Wojewode in allernächster Zeit sein Rücktrittsgesuch selbst einreichen werde. Die größten Schwierigkeiten bereite nur die Frage der Nachfolgerschaft, die infolge der verworrenen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse nicht leicht zu lösen sei. Als Nachfolger wird der Lemberger Wojewode Nakoniecznikoff, der durch seine „Pazifizierungsmethoden" gegenüber der ukrainischen Bevölkerung bekannt ist, genannt.

Berufungsverhandlung im Golassowitzer Prozeß

Nach Meldungen der politischen Presse findet die Berufungsverhandlung gegen die Golassowitzer Bauern, die Anfang Januar vom Bezirksgericht in Rybnik zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt wurden, am 14. März vor dem Appellationsgericht in Kattowitz statt. Bekanntlich hat der Staatsanwalt gegen das Urteil Berufung eingelegt. Es handelt sich um die bekannten Vorgänge am Tage vor der Wahl, bei denen der polnische Polizeibeamte Schnapka getötet wurde.

Neue Volkszählung in Polen

D'e erste Volkszählung in Polen fand bekanntlich im Jahre 1921 statt. Im laufenden Jahre soll nun wieder eine allgemeine Volkszählung durchgeführt werden, die mit der Registrierung sämtlicher industriellen Betriebe und Ladwirtschaften verbunden ist. Als Volkszählungskommissare kommen in erster Reihe die Lehrer der Volksschulen in Frage. Es ist jedoch vorgesehen, daß auch Schüler der höheren Klassen der Mittelschulen zur Mitarbeit herangezogen werden sollen.

Gegenwärtig wird als erste Vorbereitung zu der Volkszählung das Verzeichnis der Ortschaften Polens einer genauen Prüfung unterzogen, da das Ortschaftenverzeichnis vom Jahre 1921 bereits veraltet ist und zahlreiche Mäng l aufweist.

Kattowitz und Umgebung

Eine Transformatorenanlage in Flammen.

1 Million Zloty Brandschaden. — Ein Schwerverletzter.

In der elektrischen Transformatorenanlage bei Koschutka, in der Nähe der Königshütter Chaussee, brach in der Sonnabendnacht Großfeuer aus. Die Transformatorenanlage sollte in den nächsten Tagen in Betrieb gesetzt werden Die Anlage, welche 60 000 Volt aufweist, war für die Versorgung der Werksanlagen und Wohnhäuser mit Licht in der nächsten Umgebung von Kattowitz bestimmt. Der Brand soll vermutlich, infolge Kurzschluß, hervorgerufen worden sein. Der Oelfilter wurde mit einer großen Oelmenge gefüllt und die Masse zum Sieden gebracht. Die kochende Oelmasse erreichte nahezu 137 Grad und war demzufolge überhitzt. Durch die ausströmende Hitze kann der Kurzschluß herbeigeführt worden sein. Es erfolgte eine Detonation und der Ausbruch des Feuers, das durch den starken Wind auf die ganze Anlage übergriff. Der Brand wütete so stark, daß

die Transformatorenanlage mit allen Einrichtungen zerstört

wurde. Der Gesamtschaden wird auf etwa 1 Million Zloty geschätzt. An den Löscharbeiten beteiligten sich, außer der städtischen Berufsfeuerwehr, die Werkfeuerwehren der Hohenlohehütte und Baildonhütte, sowie die Grubenwehr der Kleophasgrub. Infolge der dichten Rauchschwaden wurden die Löscharbeiten der Mannschaften außerordentlich erschwert. In erster Linie ging es darum, daß Feuer nach Möglichkeit zu lokalisieren, um die in der Nähe befindlichen Wohnbauten zu schützen.

In einem verschlossenen Nebenraum wurden Hilferufe vernommen. Das Eisengitter wurde mittels Aexten gewaltsam demoliert und der Maschinist Kijon aus Josefsdorf, in bewußtlosem Zustand herausgetragen. Der Verunglückte wurde in das städtische Krankenhaus auf der ulica Raciborska überführt. Nach dem ärztlichen Gutachten soll Vergiftung durch Einatmen von Rauchgasen vorliegen. Nach etwa 3stündiger unermüdlicher Arbeit konnten die Wehren die Brandstelle wieder verlassen. y.

Rasch tritt der Tod den Menschen an. Am Sonnabend, den 28. Februar, verstarb im Bogutschützer Krankenhaus, kurz vor Vollendung seines 22. Geburtstages, der Genosse Roman Pospiech aus der Ortsgruppe Welnowiec. Der Verstorbene zählte zu den eifrigsten Kämpfern des Proletariats, der nichts scheute, um der Arbeiterklasse zum Sieg zu verhelfen. Der verstorbene Genosse ist mit Recht als Opfer des Kapitals zu betrachten, denn kaum 19 Jahre alt, verlor er in dieser schweren Krise seine Arbeit. An der Proletarierkrankheit, der Tuberkulose, siechte er so langsam dahin, bis ihn der unerbittliche Tod von seinem Leiden erlöste. Desto leichter möge ihm die Erde werden. Die Beerdigung findet Mittwoch, den 4. d. M., nachm. ½4 Uhr, vom Bogutschützer Krankenhaus aus, statt. Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten. Auch die Kattowitzer Arbeitersänger werden gebeten am Grabe zu singen!

Betr. Offenhaltung der Läden. Nach einer Mitteilung der städtischen Polizei gelten im laufenden Jahr nachstehende geschäftsreie Sonntage: Sonntag, den 22. und 29. März, 17. Mai, 6., 13. und 20. Dezember. Die Läden können an diesen Sonntagen in der Zeit von 1 Uhr nachmittags bis 6 Uhr abends offen gehalten werden. Außerdem können die Geschäfte an nachfolgenden Tagen bis 8 Uhr abends ofen bleiben: 14. und 31. März, 1. und 2. April, 2. und 23. Mai, 14. August, 3. und 31. Oktober, 14. November, sowie 1., 22. und 23 Dezember. m.

Vom Auto angefahren und verletzt. Auf der ulica Mickiewicza in Kattowitz wurde von einem Personenauto der Paul Plonkala aus Kattowitz angefahren, zu Boden geschleudert und am Kopf verletzt. Der Verunglückte wurde mittels Auto der Rettungsstation nach dem städtischen Spital überführt. y.

An den Schrebergärten überfallen. Am Sonnabend, gegen 5 Uhr nachmittags, wurde auf der verlängerten ulica Plebiscytowa, in der Nähe der Schrebergärten, der Fleischer Jan Nechon aus Sohrau mit schweren Kopfwunden aufgefunden. Man half dem Verletzten und schaffte diesen nach Kattowitz, wo er der Kriminalpolizei einige Angaben über den Vorfall machte. Nechon gibt an, von vier jungen Burschen angefallen, mißhandelt und beraubt worden zu sein. Die Banditen entwendeten dem Ueberfallenen die Summe von 1000 Zloty. Die Täter sind nach der Tat in den Schrebergärten verschwunden. Nechon begab sich in Begleitung zweier Polizeibeamten nach den Schrebergärten, da angenommen wird, daß die Banditen unter den dort kampierenden Obdachlosen zu suchen sind. Weitere Untersuchungen sind im Gange. y.

Karbowa. (Unter Schlackenmassen verschüttet.) Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am Sonnabend auf der Schlackenhalde der Kattowitzer Grube, in der Nähe der Grünfeldschen Ziegelei in Karbowa. Dort sammelte der 33jährige Arbeitslose Julius Allert, mit seinem Vater Alteisen und Kohle. Plötzlich löste sich eine Schlakkenwand, unter welcher Julius Allert begraben wurde, während es dem Vater noch rechtzeitig gelang zu entkommen. Aufgrund einer Anzeige erschienen an der Unglücksstelle Mannschaften der städt. Berufsfeuerwehr, welche den Verschütteten nur noch als Leiche bergen konnten. Es erfolgte die Ueberführung in die Leichenhalle. y.

Königshütte und Umgebung

Parteiversammlung der D. S. A. P. Am Freitag hielt die hiesige Ortsgruppe der D. S. A. P. eine Mitgliederversammlung ab, die mäßig besucht war, wobei noch die Frauen die Mehrzahl stellten. Genosse Schmidt eröffnete selbige, gab die Tagesordnung bekannt und erteilte dem Genossen Raiwa das Wort zum Referat, der die gegenwärtige politische Lage schilderte und besonders auf die Gefahren des Faschismus, der sich in ganz Europa ausbreitet, hinwies. Je mehr der Faschismus an Platz gewinnt, um so größer wird auch die Wirtschaftskrise, die schon solche Formen angenommen hat, daß sie zu einer Last der Arbeiterklasse geworden ist. Mit Hilfe der Regierungen wird von seiten des Kapitals Lohnabbau erzwungen. Um denselben leichter durchzuführen, wurde ein Preisabbau vordemonstriert, der in Wirklichkeit gar nicht da ist, denn man kann schon wiederum Preiserhöhungen beobachten und die Löhne der Arbeiter wurden gekürzt. Diesem Treiben kann ein Einhalt geboten werden, wenn die Arbeiterklasse den sozialistischen Gedanken mehr erfassen würde. Die Frau als solche, kann sehr viel bei diesem Kampfe helfen. Sie ist auch diejenige, die den Sozialismus verwirklichen könnte, denn nur die Frau ist diejenige, die am meisten die Wirtschaftskrise verspürt. Weiter wies der Referent auf die Tätigkeit unserer Abgeordneten im Schlesischen Sejm hin. Wie leicht könnte der Arbeiterschaft geholfen werden, wenn wir dort die Mehrheit besitzen würden. Aber leider, so haben es die Arbeiter gewollt, und sie haben jetzt das Nachsehen. An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Döring und Ortzel, die im Sinne des Referenten sprachen. Daraufhin gab der Genosse Schmidt einen Bericht der letzten Stadtverordnetensitzung, dem eine rege Diskussion erfolgte. Genosse Raiwa gab auch einige Beispiele, wie man in der Gemeinde arbeiten soll. Unter „Verschiedenes" sprach die Genossin Kuzella über verschiedene Einrichtungen, zum Beispiel, die Näh- und Kochkurse. Dieselben werden wiederum eröffnet. Natürlich muß sehr sparsam gearbeitet werden. Genossin Kuzella berichtete über die Arbeit im Stadtparlament und bedauerte, daß dort zu wenig Arbeitervertreter sitzen. Die bürgerlichen Vertreter sind nur auf sich bedacht. Auch wurde von Genossen Döring, der ein eifriger Verfechter des Freidenkergedankens ist, verlangt, daß den Freidenkern die Erlaubnis erteilt wird, im Volkshaus ihre Versammlungen abhalten zu können, was ihnen aus gewissen Gründen in der letzten Zeit nicht gewährt wurde. Genosse Kuzella und Schmidt versprachen, diese Sache dem Ortskartell zu unterbreiten. Nach Erledigung anderer Lokalfragen konnte Genosse Schmidt um ½11 Uhr die Versammlung schließen. —a.

„Nächstenliebe" nach seiner Art. Zwischen einem gewissen V. W. aus Bismarckhütte und dem Arbeiter Sch. kam es auf der ulica Wolnosci zu einem Wortwechsel. Während dem versetzte Sch. seinem Gegner mit einem Stock zwei Schläge auf den Kopf. Mit einer klaffenden Wunde mußte sich der Verletzte in das städtische Krankenhaus begeben. m.

Vorsicht vor einem Betrüger. Dieser Tage erschien in der Wohnung des Professors Jasko an der ulica Dombrowskiego 16 ein Mann und bot als Vertreter einer Krakauer Banklotterie Lose zum Kauf an. Der Wohnungsinhaber kaufte tatsächlich zwei Stück zum Preise von je 15 Zloty, worauf sich der „Herr Vertreter", der sich als Leo Spaski vorstellte, entfernt hat. Erst später mußte sich der Herr Professor überzeugen lassen, daß er einem Gauner auf den Leim gegangen war. m.

Mehr Vorsicht in der Markthalle. Es kann nicht genug empfohlen werden, in der hiesigen Markthalle und hauptsächlich an den Hauptmarkttagen äußerste Vorsicht walten zu lassen, weil mit großer Vorliebe gerade im Gedränge verschiedene Spitzbuben ihr „Handwerk" ausüben. So wurden auch wiederum auf dem Wochenmarkt der Frau Marie Polotzek, von der ul. Gimnazjalna 9, eine Handtasche mit 40 Reichsmark und die Verkehrskarte gestohlen. Die sofort eingeleitete Untersuchung blieb ohne Erfolg. m.

Schwere Wohnungseinbrüche. In der Nacht zum Sonnabend drangen Unbekannte während der Abwesenheit in die Wohnung der Frau Goldstein an der ulica Ligota Gornicza 27 ein, nahmen Garderobe und verschiedene Gegenstände im Werte von 2000 Zloty mit und verschwanden in unbekannter Richtung. In einem anderen Fälle wurde in die Wohnung des Martin Krokowski an der ulica Gimnazjalna 27 eingebrochen, der sich im Ausland befand. Große Posten Wäsche und andere Wertgegenstände im Werte von 1000 Zloty wurden gestohlen. Die Polizei ist eifrig dabei, den Tätern auf die Spur zu kommen. m.

---

und das war der Zweck der Sache. Direktor Rontz muß zur Verantwortung gezogen werden. Die Direktorenwirtschaft ist so weit gediehen, daß die „Oswag" in Konkurs geraten ist. Die Herren Direktoren zahlten für die Sprengstoffe nicht und die Gruben erhalten keine Sprengkraft geliefert.

Auf den Gruben wird wegen Sprengstoffmangel gefeiert.

„Oswag" hat 4000 Kilogramm Sprengstoffe auf Lager. Prinz Pleß erhält keinen Groschen Kredit und die Herren Direktoren bauen für sich im Auslande Villen und kaufen sich Autos für

40 000 Dollar,

während der Prinz in einem alten billigen Wagen herumfährt. Auf Kosten der Verwaltung halten sich die Direktoren

schöne Gartenanlagen

und bezahlen die Gärtner und die Arbeiter mit Verwaltungsgeldern. Wie gewirtschaftet wird, geht noch daraus hervor, daß früher ein Generaldirektor und 6 Direktoren waren und jetzt 22 Direktoren in den Betrieben angestellt sind. Der Prinz hat endlich die Sache in seine Hand genommen und kehrt gründlich aus. Eine solche Auskehr müßte in allen Betrieben durchgeführt werden

Kam. Krol führt noch aus, daß überall dort, wo kommissarische Betriebsräte eingesetzt wurden, die Arbeiter ihre Aemter niederlegen sollen.

Das wird sofort eine Aenderung herbeiführen. Kam. Grajek gibt noch Aufklärung über das **Fortbildungsschulwesen.** Der Unterricht soll, wo es möglich ist, auf den Gruben direkt erteilt werden und die Schüler müssen zeitlicher ausfahren. Die Strafen wurden auf 50 Groschen herabgesetzt. Künftighin werden als Meister und jene als Arbeiter angestellt, die die Fortbildungsschule beendet haben, und begabte Schüler werden auf Kosten des Bergamtes auf die Bergschule geschickt.

Kamerad Kot klärt noch auf, daß die Kurzarbeiter die Arbeitslosenunterstützung bekommen können, aber sie haben keinen gesetzlichen Anspruch darauf. Die Arbeitsgemeinschaft konnte in vielen Fällen für die Kurzarbeiter die Unterstützung erlangen, obwohl sie 3 Tage in der Woche gearbeitet haben, obwohl diese nur in solchen Fällen gezahlt wird, wenn 2 Tage in der Woche gearbeitet wird.

Der reduzierte Arbeiter muß seine Entlassung binnen 30 Tagen anmelden, wenn er in den Besitz der Unterstützung gelangen will.

Daraufhin wurden folgende Resolutionen beschlossen:

I.

Die Konferenz stellt fest, daß, obwohl der Schlichtungsausschuß den Lohnabbau in der Kohlenindustrie abgelehnt hat, gehen die Kapitalisten daran, doch die Löhne zu kürzen, indem sie die Arbeiter aus den höheren Lohngruppen in die niedrigeren verschieben und die Akkordsätze herabsetzen. Angesichts dessen, fordert die Konferenz die kompetenten Stellen energisch auf, daß sie mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln das Treiben der Kapitalisten durchkreuzen.

II.

Die Konferenz stellt fest, daß die Massenreduktionen von Arbeitern auf den Gruben, keine Notwendigkeit ist, sondern durch Willkür der Kapitalistenklique diktiert sind, welche unter Ausnützung der Wirtschaftsdepression die Arbeiter rücksichtslos ausbeuten wollen. Die Konferenz verlangt von den Regierungsstellen, daß sie sich der Reduktion entschieden entgegenstellen und vor allem erst die Herabsetzung der Verwaltungskosten, insbesondere der hohen Bezüge der Direktoren fordern.

III.

Die Konferenz erklärt, daß sich die Arbeiterschaft mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln einer eventuellen Einschränkung der Sozialleistungen widersetzen wird und protestiert energisch gegen die Anträge des Chadecjaklubs im Sejm, die die Herabsetzung bezwecken.

IV.

Die Konferenz stellt fest, daß die Löhne der Arbeiter in der Erzbergbauindustrie unter dem Existenzminimum stehen u. dennoch durch den Schlichtungsspruch herabgesetzt werden sollen. Die Konferenz lehnt den Schlichtungsspruch ab und protestiert gegen ihn energisch, weil dieser Spruch den Versprechungen der Regierungsstellen zuwiderläuft. Die Konferenz verlangt, daß diese Sache an eine besondere Kommission geleitet wird.

V.

Die Konferenz protestiert energisch gegen das Treiben der Sanacjagewerkschaften, die den Schlichtungsspruch über den Lohnabbau in der Metallindustrie angenommen haben. Sie stellt fest, daß zur Vertretung der Arbeiterinteressen lediglich die Arbeitsgemeinschaft berufen ist.

VI.

Die Konferenz spricht den Wunsch aus, daß bei allen größeren Arbeiterreduzierungen die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft vom Demobilmachungskommissar zuzuziehen sind. Der Letztere wird aufgefordert, weniger den Kapitalisten, sondern mehr den Arbeitern bei ihren Forderungen zur Seite zu stehen.

Nach einstimmiger Annahme der Resolutionen, schloß Kam. Krol die Konferenz mit dem üblichen Bergmannsgruß.

Die Arbeiter warten auf die Arbeitszeitverkürzung

Werden Hungerdemonstrationen zur Belebung der Wirtschaft beitragen? — 30 Millionen Zloty für Arbeitslosenbeihilfe erforderlich — Arbeitszeitverkürzung, Preisabbau und Hebung des Wohlstandes führen zum Ziele — Nicht Produktions- sondern Konsumkrise — Dem Zusammenbruch entgegen

Die Zahl der Arbeitslosen steigt bei uns mit jedem Tage. In ganz Polen sind es bereits 360 000 registrierte Arbeitslose und in der schlesischen Wojewodschaft marschieren wir schon auf 70 000. Für unsere Verhältnisse ist die Zahl erschreckend groß, denn

jeder zweite Industriearbeiter

liegt auf der Straße. Die Sanacjapresse weiß bereits von einer „Besserung" der Wirtschaftslage zu berichten. Die statistischen Aemter bleiben die Antwort darauf nicht schuldig und beantworten den Sanacjaoptimismus mit neuen Zahlen, die eine weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit anzeigen. Die Kapitalisten reden selbstverständlich auch, indem sie neue Anträge auf weitere Arbeiterreduzierungenen beim Demobilmachungskommissar stellen. Inzwischen bereiten die Kommunisten

Hungerdemonstrationen

vor, die den einzigsten Erfolg haben, daß zahlreiche Arbeitslose verhaftet werden. Die Sozialisten bemühen sich redlich, den Schlesischen Sejm zu bewegen, größere Beträge für die Arbeitslosen aus den Wojewodschaftsmitteln bereitzustellen, um

allen Arbeitslosen die Unterstützung

zukommen zu lassen. Diese Aktion hat gewisse Aussichten verwirklicht zu werden, obwohl dazu ein sehr hoher Betrag erforderlich ist. Nach Berechnung braucht man dazu den Betrag von

30 Millionen Zloty.

Hungerdemonstrationen werden den Arbeitslosen keine Arbeit und kein Brot verschaffen können, obwohl wir zugeben müssen, daß die Lage der Arbeiterschaft verzweifelt schwer ist. Selbst wenn es gelingt, allen Arbeitslosen in der Wojewodschaft die Unterstützung zu verschaffen, so ist auch dadurch die Arbeitslosigkeit nicht aus der Welt geschaffen. Schließlich werden sich die Mittel erschöpfen, überhaupt wenn berücksichtigt wird, daß die

Hälfte der Arbeiter zum Nichtstun

verurteilt ist und keine Werte schafft. Will man der Arbeitslosigkeit begegnen, so müssen ganz andere Mittel angewendet werden. Dazu führen drei Wege:

1. **Verkürzung der Arbeitszeit,**
2. **Hebung des allgemeinen Wohlstandes,**
3. **Beseitigung der Preisdiktatur der Kartelle und der Staatsmonopole.**

Andere Mittel führen nicht zum Ziele.

An erster Stelle steht die Arbeitszeitverkürzung. Das ist die erste Voraussetzung, die auch schon praktisch in Amerika und z. T. in Deutschland durchgeführt wird. Nach dem Weltkriege wurde bekanntlich der 8stündige Arbeitstag fast in allen kapitalistischen Ländern gesetzlich eingeführt, was zweifellos zur

Stabilisierung der Verhältnisse

in der Nachkriegszeit beigetragen hat. Die Demobilmachung führte der Produktion viele tausende Arbeitskräfte zu, die bei einem 10stündigen Arbeitstag im Produktionsprozeß nicht untergebracht wären. Der gesetzliche Achtstundentag hat zum guten Teil bewirkt, daß die

Revolutionswelle

nach Kriegsende sich langsam legte. Heute haben sich die Verhältnisse sehr zugespitzt, wozu noch die unsichere und unklare politische Lage beigetragen hat und es liegt schon im Interesse der Machthaber, daß alle Ventile in Bewegung gesetzt werden, damit eine Entspannung Platz greife. Das kann in erster Reihe durch die

Verkürzung der Arbeitszeit

erfolgen. Die Industriearbeiter aller Länder verlangen eine

2stündige Arbeitszeitverkürzung pro Schicht,

unter Beibehaltung derselben Löhne wie bisher. Durch die Arbeitszeitverkürzung wird ein erheblicher Teil der Arbeitslosen dem Produktionsprozeß vom Neuen zugeführt werden können.

Lohnverkürzungen in der gegenwärtigen Zeit müssen naturgemäß zur weiteren Verschärfung der Krise führen, denn sie führen zur Einschränkung des Konsums.

Die heutige Wirtschaftskrise ist bekanntlich keine Produktionskrise, sondern eine

Konsumkrise.

Werte können wir genügend schaffen und das bezieht sich sowohl auf die Industrie, als auch auf die landwirtschaftlichen Produkte. Es fehlen nur die Abnehmer, d. h. sie fehlen nicht, weil das Volk die größten Entbehrungen zu ertragen hat, aber die Industriekartelle, die Staatsmonopole, die Landwirtschaftssyndikate und die verkehrte Zoll- und Steuerpolitik, haben die

Konsumenten so gründlich ausgepumpt,

daß ihre Kaufkraft unter Null gesunken ist. Was nutzt uns die Vervollkommnung in der Produktion, wenn sie keinen Absatz findet. Mit der Begünstigung der kapitalistischen Kartelle und ihrer Exportfähigkeit auf Kosten der Inlandskonsumenten muß endlich Schluß gemacht werden.

Das führt zum Pauperismus des Volkes und zum wirtschaftlichen Zusammenbruch. Deshalb müssen wir den letzten Schiedsspruch, der die Arbeiterlöhne in der Zinkhüttenindustrie um 7 Prozent kürzt, auf das Entschiedenste bekämpfen. Nicht Lohnabbau, sondern Arbeitszeitverkürzung führt zum Abbau des Elends und zur Belebung der Wirtschaft.

Unsere Wirtschaftspolitik gleicht einem Hasardspiel. Man ist sich dessen bewußt, daß der Abbau der Löhne und der Gehälter, das Festhalten an den hohen Preisen und den hohen Zöllen

unvermeidlich zum Zusammenbruch

führen muß. Man weiß ganz gut, daß dem Konsumenten, insbesondere der Arbeiterschaft, keine neuen Lasten mehr aufgebürdet werden können, aber man will von dem verkehrten Wege nicht umkehren. Die Besitzenden und mit ihnen die Regierung hoffen auf ein Wunder, erfinden neue Steuern, kürzen die Löhne, wollen von der Arbeitszeitverkürzung überhaupt nichts hören, sprechen aber von einer Belebung des wirtschaftlichen Lebens. Wie und wer soll diese Wirtschaft beleben, etwa diejenigen, die an

Tuberkulose gestorben

sind? Alle übrigen, die da noch vegetieren, können zur Belebung nicht beitragen, denn sie stehen mittellos da. Die heutige Wirtschaftspolitik hat ihnen alles genommen, ihnen selbst das

Hemd vom Leibe gerissen,

aber man verlangt von dem verarmten Volke neue Steuern und neue Opfer und kürzt noch weiter die Einkünfte Wen der Herrgott strafen will, dem nimmt er den Verstand und es hat den Anschein, daß mit dem kapitalistischen Wirtschaftsystem es bereits so weit ist.

Gerichtliches Nachspiel einer Versammlung der Kommunisten. Auf dem Marktplatz fand im Juli vergangenen Jahres eine Versammlung der Kommunisten statt, in der auch Kommander aus Schwientochlowitz als Redner auftrat. Als er im Laufe der Rede ausführte: „Fort mit Pilsudski", flog ein Stein aus der Menge nach dem Redner. Da in diesem Augenblick gerade die anwesende Polizei eingeschritten ist, konnte nicht festgestellt werden, wem der Steinwurf galt. Als Täterin wurde eine gewisse Hedwig Zajkowski bezeichnet und die dafür in der 1. Instanz zu 1 Monat Gefängnis verurteilt wurde. Gegen dieses Urteil hat die Angeklagte Berufung eingelegt, womit vor der Strafkammer Königshütte die ganze Angelegenheit von neuem aufgerollt wurde. Die Angeklagte gab an, daß der Steinwurf dem Redner gegolten hat und nicht der Polizei. Trotzdem erkannte das Gericht die Handlungsweise als strafwürdig und verurteilte die Frau zu 7 Tagen Gefängnis mit einjähriger Bewährungsfrist. m.

Siemianowitz

Inbetriebsetzung einer neuen Autobuslinie. Ab Mittwoch, den 4. März, wird die längst geplante Autobuslinie Bendzin—Czeladz—Baingow—Siemianowice dem Betrieb übergeben. Die Fahrtzeiten werden voraussichtlich vorläufig bis zur endgültigen Regelung jede zwei Stunden innegehalten. Die erste Beförderung dient vorwiegend den Schulkindern. Abfahrtszeit 7 Uhr ab Bendzin.

Apothekennachtdienst versieht die Berg- und Hüttenapotheke.

Selbstmord. In der Nacht vom Sonnabend zu Sonntag 12½ Uhr erschoß sich der 18jährige Kaumanngehilfe Emil Lewkowitz von der Beuthenerstraße 54 in seinem Bett. Das Motiv der Tat ist unbekannt. Der junge Mann trug sich bereits seit längerer Zeit mit Selbstmordgedanken und führte die Tat in der Sonnabendnacht aus, nachdem er vorher noch im Kaffee Zerstreuung gesucht hat. Die Schußwaffe tauschte er gegen eine Armbanduhr mit einem Freunde ein, gegen welchen bereits Anzeige erstattet wurde. Die Leiche ist in der Leichenhalle des Hüttenlazaretts überführt worden.

Myslowitz

Stadtverordnetenversammlung in Myslowitz. Am kommenden Donnerstag, den 5. d. Mts., findet nachm. 5 Uhr eine Sitzung der Myslowitzer Stadtrada statt. Die Tagesordnung umfaßt u. a. Annahme des Budgetpräliminärs für 1931/32, Festsetzung der Entschädigung für die Beisitzer und für den Vorsitzenden des Mietseinigungsamtes verschiedene Personalangelegenheiten usw. —h.

Nachtapothekendienst. Vom gestrigen Sonntag bis einschließlich Sonnabend, den 7. d. Mts., versieht den Nachtapothekendienst in Myslowitz die alte Stadt-Apotheke. —h.

Die Tegernseer besuchen Myslowitz. Die in Myslowitz von ihrem letzten Auftreten bekannten Tegernseer, besuchen uns am 4. und 25. März, wo sie ihre Kunst zur Schau bringen werden. Die Veranstaltungen finden im Kufiettaschen Saale (Hotel Polonia) statt. Alles Nähere wird unsererseits zurzeit bekannt gegeben. h.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Orzegow. (Explosion im Küchenofen.) Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich in der Wohnung des Arbeiters Las auf der ulica Bytomska 3. Der Wohnungsinhaber versuchte einen eisernen Ofen in der Küche einzuheizen. Plötzlich entstand im Ofen eine Explosion, vermutlich durch einen Zündkörper. Las wurden drei Finger der linken Hand abgerissen. Der Verunglückte mußte in das Knappschaftslazarett nach Rudahammer überführt werden. x.

Pleß und Umgebung

700 000 Zloty vorläufige Kosten für den Emanuelssegener Kirchenbau.

Obwohl gegenwärtig tausende von Menschen ohne jeglichen Lebensunterhalt sind, sie buchstäblich langsam verhungern, werden anderseits Millionen von Zloty des Volksvermögens leichtsinnigerweise vergeudet, während man für diese Armen keinen Groschen übrig hat, so daß sie gezwungen werden, auf der Straße Hungerdemonstrationen zu veranstalten. Die Bischöfliche Kurie wünscht sich für dieses Jahr nicht weniger wie eine Millionen Subventionsgelder, für Kirchenneubauten, zu einer Zeit, wo Gruben und Hütten stillgelegt und tausende von Werktätigen unbarmherzig auf die Straße geworfen werden. Gerade hier, bei Kirchenneubauten wird Geld verschleudert, das bei Wohnungsbauten und für Erwerbslosenhilfe eine vorbildliche Verwendung finden würde. So wird im kommenden Frühjahr in Emanuelssegen eine neue kath. Kirche gebaut, diese wird in Eisen und Beton ausgeführt, wofür die Kosten vorläufig auf 700 000 Zloty voranschlagt sind. Der Fürst von Pleß hat für den Kirchenbau den Bauplatz an der W[illegible]lastraße kostenlos überlassen. Wir haben bezüglich des Kirchenbaues nicht dagegen, aber baut erst Wohnhäuser und helft den Armen, wie es einst Christus lehrte und dann baut auch Kirchenpaläste. Vor Jahren wollte man hierselbst ein gemeinsames evang. und kath. Gotteshaus bauen, aber trotzdem es nach dem Glaubensbekenntnis heißt: „Gott ist überall", wollten sich damals die kath. Vertreter darauf nicht einigen, hätten sie es getan, so wären einige tausend Zloty gespart und der Pfarrer wäre seine Sorgen los. cl.

Lublinitz und Umgebung

Selbstmord eines Geisteskranken. In einer Zelle der Anstalt für Geisteskranke verübte der Insasse Emanuel Gajzik aus Domb Selbstmord durch Erhängen. Der Tote wurde in die Leichenhalle geschafft. x.

Das Gesetz der Vier

The Law of the Four Just Men

Von Edgar Wallace.

Ins Deutsche übertragen von Ravi Ravendro.

50)

Er konnte sich nicht darauf besinnen, wie er zu Bett gekommen war, aber offensichtlich hatte er sich selbst entkleidet, denn er hatte seine violettseidenen Pyjamas an. Er klingelte und erhob sich. Obgleich der ganze Raum sich um ihn zu drehen schien, konnte er sich doch auf den Füßen halten.

Seine Haushälterin trat ein.

„Was ist eigentlich gestern abend mit mir passiert?" fragte er.

Sie sah ihn verblüfft an.

„Nichts — als ich mich von Ihnen verabschiedete, saßen Sie in der Bibliothek im Sessel."

„Dann ist es dieser ganz abscheuliche Whisky", brummte er.

Ein kaltes Bad und eine Tasse Tee milderten die entsetzlichen Schmerzen, aber er war noch so schwach auf den Beinen, als er in die Bibliothek ging.

Plötzlich kam ihm ein Gedanke und ein furchtbarer Schrecken erfaßte ihn. Wenn man ihm ein Schlafmittel in den Whisky gegossen hatte! Er konnte sich zwar nicht vorstellen, wann das möglich gewesen wäre. Aber wenn jemand einen Einbruch verübt hatte...!

Er öffnete den Geldschrank und atmete erleichtert auf.

Das Päckchen lag noch an seiner Stelle. Dann war es also doch dieser verdammte Whisky. Er frühstückte nicht, bestellte seinen Wagen und fuhr direkt zur Bank.

Als er später in sein Büro kam, fand er seinen jungen Mann in einem Zustand von Verwirrung und Aufregung.

„Vorige Nacht müssen Einbrecher hier gewesen sein, Mr. Birn."

„Einbrecher?" wiederholte Mr. Birn entsetzt. Aber dann lachte er. „Ach, die können ja doch nicht viel hier holen. Aber wie kommen Sie zu der Annahme?"

„Ich will darauf schwören, daß jemand hier war. Der Geldschrank stand offen, als ich heute morgen hierherkam, und eins der Geschäftsbücher war herausgenommen — es lag auf ihrem Tisch."

Birn lächelte verschmitzt.

„Nun, ich wünsche den Herren Einbrechern viel Glück."

Trotzdem war er betroffen und sah alle seine Papiere sorgfältig durch, ob eins der wichtigen Dokumente fehlte. Alle Schuldscheine, die er besaß, befanden sich im Gewahrsam der Bank, in derselben großen Kassette, die nun auch das kostbare Halsband barg. Es war ihm zur Bezahlung einer Schuld übergeben worden.

Kurz vor Tischzeit kam der Clerk wieder in sein Büro.

„Der bewußte Herr ist wieder da", sagte er flüsternd.

„Wen meinen Sie denn?" fragte Mr. Birn mürrisch.

„Sie wissen doch, der Herr von der Jrmyn Street, der die Schecks von Mr. Eden gesperrt hat."

„Lassen Sie ihn nähertreten."

„Nun, mein Herr", begann er liebenswürdig, als Leon hereinkam, „haben Sie sich die Sache überlegt?"

„Ja — ich kann Sie doch wohl allein sprechen?"

Birn gab seinem Angestellten einen Wink, den Raum zu verlassen.

„Ich bin heute gekommen, um alle Schulden zu begleichen, zum Beispiel die Schuld eines Mr. Chaucer."

Mr. Birn starrte ihn an.

„Wirklich ein liebenswürdiger Herr, dieser Chaucer! Ich habe ihn heute morgen besucht. Vor einiger Zeit hat er einen solchen Nervenschock erlitten, daß ihm beide Beine gelähmt wurden Er konnte infolgedessen seine Wohnung seit langer Zeit nicht mehr verlassen."

„Sie erzählen mir da Zeug, das mich nicht im geringsten interessiert," sagte Mr. Birn grob.

„Der arme Mensch steht unter dem Eindruck, daß er einen rothaarigen Croupier totgeschlagen hat, der in Ihren Diensten stand. Offenbar hat er gespielt und den Kopf verloren, als er sah, daß Ihr Croupier seine letzten Banknoten einstrich."

„Mein Croupier!" entgegnete Mr. Birn mit meisterhaft geheuchelter Entrüstung. „Was meinen Sie denn eigentlich? Ich habe überhaupt keine solchen Angestellten."

„Er schlug ihn mit einem Geldrechen über den Kopf. Am nächsten Morgen sind Sie zu Mr. Chaucer gegangen und haben ihm vorgelogen, daß Ihr Croupier tot sei. Damit versuchten Sie Geld von ihm zu erpressen. Sie erfuhren dann aber, daß er ruiniert war und nichts mehr zahlen konnte. Aber er hatte eine schöne Tochter und Sie kamen auf die Idee, daß sie Ihnen bei Ihren teuflischen Plänen behilflich sein könnte. So hatten Sie eine kleine Unterredung mit ihr und sie willigte ein, in Ihre Dienste zu treten, um ihren Vater vor dem Ruin und dem Zuchthaus zu retten"

„Sie erzählen mir hier ein hübsches Märchen," sagte Birn, aber er war kreidebleich geworden und seine Hand, mit der er die Zigarre aus dem Munde nahm, zitterte bedenklich.

„Um ihren Plan zu fördern," fuhr Gonzales fort, „haben Sie dann noch eine Annonce unter den Todesanzeigen der „Times" erscheinen lassen und ebenso haben Sie einer kleinen Zeitung einen großaufgemachten Bericht über das Begräbnis von Mr. Jinkins eingesandt. Das haben Sie nur getan, um Mr. Chaucer und seine Tochter vollständig einzuschüchtern und in die Hand zu bekommen."

„Sie faseln doch nur dummes Zeug," murmelte Mr. Birn und versuchte zu lächeln.

„Ich habe heute morgen Mr. Chaucer davon überzeugen können, daß Mr. Jinkins lebt, sich der besten Gesundheit erfreut und jetzt in Brighton eine Spielhölle leitet. Das ist natürlich eine Filiale ihrer vielen Unternehmungen. Nebenbei möchte ich Ihnen noch sagen, daß Sie Miß Elsie Chaucer nicht wiedersehen werden."

Mr. Birn atmete schwer.

(Fortsetzung folgt.)

Bielitz, Biala und Umgegend

Bielitz und Umgebung

Die „Schlesische Zeitung" und die Arbeitslosenfrage.

Die in Bielitz erscheinende „Schlesische Zeitung" ist unseren Lesern seit jeher als Vertreterin von Kapitalisteninteressen bekannt. Standen die Arbeiter in einem Lohnkampf, da vertrat die „Schlesische Zeitung" immer den Unternehmerstandpunkt. Stets jammerte sie bei solchen Anlässen, daß die Industrie diese Mehrbelastung nicht vertrage und schimpfte weidlich auf die Begehrlichkeit der Arbeiter.

Am meisten wurde aber über die sozialen Lasten gewettert. Daß nach dem Zusammenbruch des Weltkrieges, den Arbeitern der 8stündige Arbeitstag, das Urlaubsgesetz und Erweiterung der Krankenversicherung gewährt werden müßten, konnte dei „Schl. Z." niemals verschmerzen. Bei jeder passenden Gelegenheit wurde immer wieder über die großen sozialen Lasten geklagt, daß diese die Industrie angeblich ruinieren.

Was den Achtstundentag anbelangt, so haben die Unternehmer durch die Rationalisierung, die Produktion fast noch über 50 Prozent noch erhöht, so daß heute die 8stündige Arbeitszeit gar nicht mehr ins Gewicht fällt. Die Arbeiterurlaube werden für die Arbeiter, infolge der großen Fluktuation ganz illusorisch. Was aber die Arbeitslosen- und Krankenkassenversicherung anbetrifft, so zahlen die Arbeiter auch ihre Beiträge hinein, so daß ihnen damit gar kein Geschenk gemacht wird.

Nun erfahren wir, daß die „Schlesische Zeitung" plötzlich ihre Ansicht geändert hat. Auf einmal findet sie, daß **Sozialpolitik und Sozialethik ein gutes Heilmittel gegen kommunistische Umtriebe ist.** Wer es nicht glaubt, der lese den Leitartikel der Freitagnummer vom 27. Feber d. J. In der Angst vor dem Kommunismus ist sie sogar für die Verbesserung des Loses der Arbeitslosen. Sie anerkennt das Lebensrecht der Arbeiter! Jetzt, wo viele Bürgerliche infolge der schrecklichen Krise auch proletarisiert werden, ändert auch die bürgerliche Zeitung ihre Schreibweise. Am Ende werden sie selbst noch Kommunisten?! Oder hat die sozialistische Presse, die bürgerlichen Redakteure eines Besseren belehrt?

Die trostlose Lage der Bielitzer Arbeiterschaft in der Textilindustrie

Die herrschende Wirtschaftskrise, die in sämtlichen Staaten wütet, um faßt alle Industriezweige. Es gibt wohl kaum einen Industriezweig, der behaupten könnte, daß er von dieser Krise nicht erfaßt worden wäre. Ueberall gibt es Arbeitslose, in allen Orten Kurzarbeit. Schwer haben unter dieser Krise die alten Industrieorte zu leiden, welche auf den Export angewiesen waren. Durch die fortschreitende Industrialisierung der Agrarstaaten, gehen den alten Industrieorten Absatzgebiete verloren, denn jeder Staat hat heute das Bestreben, sich unabhängig von dem anderen zu machen. Das Industriegebiet von Bielitz und Biala, wo vorwiegend Textil- und Metallwaren erzeugt werden, macht eine Krise mit, deren Ende und Folgen nicht zu übersehen sind. Die Textilindustrie, die durch ihre Erzeugung erstklassiger Waren in der Welt bekannt ist, hatte in verschiedenen Ländern Absatzgebiete, die aber durch den Weltkrieg, sowie durch das Entstehen neuer Grenzen teilweise verloren gingen. Schon im Jahre 1925 hatte die Textilindustrie eine schwere Krise zu bestehen, der jedoch in den Jahren 1927 und 28 eine Hochkonjunktur folgte. In vielen Betrieben wurden Doppelsichten eingeführt, es waren Betriebe, wo auf drei Schichten gearbeitet wurde. Es waern fette Jahre für die Unternehmer, die glänzende Geschäfte abwickelten. Den Arbeitern gelang es, Dank ihrer strammen freien Gewerkschaft, in dieser Zeit ihre Verdienste zu verbessern, es war ja nur ein Brocken von dem Reingewinn, den die Unternehmer einheimsten. —

Seit dem Jahre 1928 geht es bergab in der Textilindustrie. Immer wieder werden Betriebe gesperrt und hunderte von Arbeitern fliegen auf die Straße, ohne Aussicht, wieder einmal welche Beschäftigung zu finden, da ja in den anderen Betrieben mit reduzierter Arbeiterschaft gearbeitet wird. Daß in so einer Zeit, wo ein großes Angebot von Arbeitskraft vorhanden ist, die Unternehmer mit allen Mitteln vorgehen, die Löhne zu kürzen, ist selbstverständlich. Trotz dieser schweren Lage der Arbeiterschaft ist es der Textilarbeiterortsgruppe geglückt, die Löhne auf der alten Höhe zu erhalten. Daß die Lage in der Textilindustrie derzeit eine katastrophale ist, ist daraus am besten zu ersehen, daß heute in der Textilindustrie keine 50 Prozent der einst Beschäftigten in den Betrieben steht. Jeden Tag gibt es Entlassungen, jeden Tag das Gespenst der Arbeitslosigkeit.

Die Unternehmer der Textilindustrie, die durch den Schiedsspruch des Ministeriums von 12. Dezember vor. J. gebunden sind und durch welchen bis zum 15. Feber d. J. ein neuer Tarif für Streichgarnarbeit vereinbart werden sollte, haben es bis heute nicht für nötig erachtet, eine einzige Verhandlung diesbezüglich einzuberufen. Entweder haben die Unternehmer kein besonderes Vertrauen zur Textilindustrie für die nahe Zukunft, oder aber bereiten sie sich für einen Generalangriff auf die derzeitigen Verdienste der Arbeiterschaft vor. Durch ein eventuelles Sinken der Löhne werden ja weitere Kreise in Mitleidenschaft gezogen und wird dadurch die Krise noch verschärft werden.

Der Kampf, den die Arbeiterschaft um das Dasein führt, wird dadurch verschärft, daß die Arbeiterschaft nach dem Ausland nicht kann, im Inland gibt es keine Arbeit. Die Textilarbeiter von Bielitz und Biala, die heute nicht mehr in den Betrieben sich befinden, haben eine traurige Zukunft vor sich, denn in der Textilindustrie wird nicht so schnell eine Beschäftigung zu finden sein. Wird der Staat nicht bald helfend eingreifen, werden nicht nur nur die arbeitslosen Textilarbeiter, sondern sämtliche Arbeitslose gezwungen sein, Wege zu gehen, die für die Gesellschaft peinlich sein werden. Denn Hunger tut weh und Not bricht Eisen.

Theater und Kunst

Stadttheater Bielitz.

Dienstag, den 3. März, abends 8 Uhr, im Abonnement, (Serie gelb), die erste Wiederholung von „Katharina Knie", ein Seiltänzerstück von Karl Zuckmayer. Mittwoch, den 4. März, abends 8 Uhr, im Abonnement, (Serie blau), „Katharina Knie", ein Seiltänzerstück von Karl Zuckmayer. In Vorbereitung: „Die Fahrt ins Blaue", Lustspiel in drei Akten von Gaston de Caillavet, Robert de Flers und Etienne Rey.

„Wo die Pflicht ruft!"

Sozialdemokratischer Wahlverein „Vorwärts" Alt-Bielitz.

Sonntag, den 8. März 1931, findet um 9 Uhr vormittags im Gasthaus des Herrn Andreas Schubert die

Generalversammlung

des genannten Vereins mit folgender Tagesordnung statt:

1. Verlesung des Protokolls.
2. Berichte der Funktionäre: a) des Obmannes, b) des Kassieres, c) des Schriftführers, d) der Revisoren.
3. Neuwahl der Vereinsleitung.
4. Referat: Abg. Gen. Kowoll.
5. Allfälliges.

Es ist Pflicht aller Mitglieder, vollzählig und pünktlich zu erscheinen!

Falls die für 9 Uhr angesagte Generalversammlung nicht beschlußfähig ist, findet dieselbe um 10 Uhr ohne Rücksicht auf die Anzahl der Anwesenden statt. **Der Vorstand.**

Jungen und Mädchen der Arbeiterklasse!

Wenn ihr nun das Bedürfnis empfindet, in unsere Reihen einzutreten, so kommt in unsere Ortsgruppe. Ihr seid bei uns herzlich willkommen. Die Einschreibgebühr beträgt 50 Groschen, der Monatsbeitrag 50 Groschen. Es steht euch frei, alle unsere Veranstaltungen (Vorträge, Gesangsabende, Spielabende, Musikproben usw.) zu besuchen. Vor allem aber seid ihr dann Mitglieder unserer Organisation, das heißt in anderen Worten, Mitstreiter in unserem heiligen Kampfe! Mitgliederaufnahmen finden an allen obenerwähnten Veranstaltungen in Vereinszimmer (Bibliothek), Bielitz, Republikanska 6, statt. **Die Vereinsleitung.**

Wochenprogramm des Vereins jugendlicher Arbeiter Bielitz.

Montag, den 2. März 1931, um 6 Uhr: Musikprobe.

Dienstag, den 3. März, um ½8 Uhr abends: Theatergemeinschaft.

Mittwoch, den 4. März, um 7 Uhr abends: Mädchenhandarbeit.

Donnerstag, den 5. März, um 7 Uhr abends: Vorstandssitzung.

Freitag, den 6. März, um 6 Uhr abends im kleinen Saale des Arbeiterheims: Musikprobe.

Samstag, den 7. März, um 6 Uhr abends: Theater-Deklamationsabend.

Sonntag, den 8. März, um 4 Uhr: Gesang- und Spielabend.

Bielsko. (Naturfreunde. Donnerstag, den 5. März, abends 7 Uhr, Vorstandssitzung im Restaurant „Tivoli".

Arbeiterabstinentenverein. Samstag, den 7. März, findet eine außerordentliche Vorstandssitzung des Arbeiterabstinentenbundes im Lokal des Vereins der Kinderfreunde, um 6 Uhr nachm. statt. Sämtliche Mitglieder werden ersucht, bestimmt zu erscheinen. **Der Vorstand.**

Bielitz. (Wahlverein „Vorwärts".) Sonntag, den 8. März l. Js., findet um 4 Uhr nachmittags im Arbeiterheim die diesjährige ordentliche Generalversammlung des soz.-dem. Wahlvereins „Vorwärts" mit statutenmäßiger Tagesordnung statt. Referent: Abg. Gen. Kowoll aus Kattowitz. Mitglieder erscheint vollzählig und pünktlich! **Der Vorstand.**

Alexanderfeld. (Wahlverein „Vorwärts".) Am Sonntag, den 8. März l. Js., findet um 3 Uhr nachmittags im Alexanderfelder Arbeiterheim die diesjährige ordentliche Generalversammlung des soz.-dem. Wahlvereins „Vorwärts" mit statutenmäßiger Tagesordnung statt. Als Referent wird Abgeordneter Gen. Kowoll aus Kattowitz erscheinen. Es ist Pflicht aller Mitglieder, vollzählig und pünktlich zu erscheinen!

Der Vorstand.

Volksbühne Biala-Lipnik. Samstag, den 14. März d. J., um ½7 Uhr abends, findet in der Restauration des Herrn Leop. Schmidt in Biala die 11. Generalversammlung statt, wozu alle ausübende und unterstützende Mitglieder höfl. eingeladen werden. **Der Vorstand.**



„Glaubst du, daß die neue Skandalgeschichte über Erika wahr ist?"

„Selbstverständlich glaube ich es — welche meinst du denn?" (Tatler.)

Zu spät

Von Claude Orval.

Frederic Evans klemmte sich gegen die Wand — dort wo es am dunkelsten war. Sein Herz hämmerte in wilder Freude — endlich wurden seine Bemühungen mit Erfolg gekrönt — endlich — endlich hämmerte sein Herz — endlich hatte die atemlose Jagd um die Welt ein Ende — endlich hatte er sein Ziel gefunden: — die beiden Menschen, die er seit zwei Jahren in grimmigem, rastlosem Haß gesucht hatte — sie waren also hier — in diesem Hotel! Endlich hatte er sie gefunden!

Das Paar ging so dicht an ihm vorbei, daß sie ihn hätten berühren können — er sog den ihm wohlbekannten Duft gierig ein. Eine Tür wurde geschlossen.

Nr. 8! — murmelte er. Gut.

Er ging zum Portier und ließ sich Nr. 7 geben. Eine Tür trennte die Zimmer. Ganz leise schlich er an die Tür und preßte sein Ohr dagegen. Der Atem stockte. Nicht einen Laut vernahm er.

Dann warf er sich mit wilder Gebärde aufs Bett: — Monica — stöhnte er — Monica — hier hören also unsere Lebenswege auf — jetzt brauchst du nicht mehr voller Angst von Ort zu Ort zu flüchten — ich werde dich nicht mehr in ohnmächtige Verzweiflung treiben — in atemlose Spannung — jetzt habe ich euch gefunden — jetzt ist es aus!

Eines Abends vor zwei Jahren war Frederic Evans heimgekehrt und hatte einen Brief vorgefunden: — seine Frau war mit einem anderen geflüchtet. Fast wäre Evans vor Verzweiflung wahnsinnig geworden. Und dann — kam die Reaktion. Grenzenlos hatte er Monica geliebt. Jetzt haßte er sie — mit tödlichem Haß. Gleich hatte er die Verfolgung aufgenommen — sie hatte es verstanden, sich zu verbergen — vergeblich hatte er zwei lange Jahre gesucht — bis jetzt — bis heute —

Plötzlich sprang er auf. Nebenan hörte er Stimmen.

„Bist du nicht fertig?" das war Monicas Stimme. „Ja — dann werde ich voraus gehen — ich muß dieses Telegramm abschicken und einige Sachen kaufen — wir treffen uns auf dem Maskenball in Loge 4."

„— — Aber warum willst du dahin?" sagte eine Männerstimme, „warum können wir nicht hier bleiben, um zu sprechen, um uns auszusprechen?"

„Nein", erwiderte Monica, „wir haben genug gesprochen, gerade weil ich heute abend Aussprachen vermeiden will — gehe ich auf den Ball..."

Eine Tür wurde geöffnet und geschlossen. Evans wartete ein wenig, dann begab er sich auf den Korridor — niemand war zu sehen. Mit einem tierhaften Sprung stürzte er sich auf die Tür von Nr. 8 und riß sie auf. Ein Mann schnellte empor — schrie — und dann wurde alles still. Die beiden Männer lauerten sich boshaft und grimmig in die Augen — dunkel — beschwörend — rasend starrten sie sich an.

Der andere machte eine Bewegung — das brach den Bann. Wie eine wilde Bestie stürzte sich Evans auf ihn, durchleucht von rasender Leidenschaft — der andere starrte gläsern. Mit beiden Händen würgte Evans die Kehle des anderen — ein kurzer Kampf — gurgelndes Lallen — der Fremde sank um. —

Frederic starrte ihn einen Augenblick an; dann nahm er die Kappe und Maske des Getöteten und öffnete leise die Tür, schrak zurück, weil draußen ein Mann stand, vermutlich vom voraufgegangenen Toben und Lärmen herbeigerufen... Mit einem gewaltsamen Stoß schubste Frederic den Fremden beiseite und stürmte die Treppen hinunter — eilte die Straße entlang — nach dem Kasino, wo der Maskenball abgehalten wurde.

Nachdem er sich maskiert hatte, mischte er sich unter das Publikum und suchte die Logen ab. Ja — da saß Monica in Nr. 4. Schnell eilte er die Treppen hinauf, riß die Tür auf und trat ein.

Da saß sie nun ihm gerade gegenüber — sie, die er so heiß geliebt hatte. Unwillkürlich lächelte er unter der Maske — lächelte wie ehedem — — dann erstarrte sein Lächeln — er beobachtete, wie vier schwarz gekleidete Männer den Saal betraten und langsam und spähend umhergingen — offenbar Detektive — er begriff, daß er verloren war.

Monica hatte sich ihm zugewandt: „Nimm doch deine Maske ab", sagte sie friedlich, „laß uns nur still bei einander sitzen... willst du nicht? Ja — ja — wie du willst! Ich habe dir schon erklärt, daß ich nicht anders handeln kann. Ich kehre nicht zurück — ich habe mein Gepäck schon zum Bahnhof schicken lassen und ich habe an Frederic telegraphiert..."

„Was — was sagst du?" Frederics Stimme wurde heiser und ganz unkenntlich vor Erregung.

„Ach — nein!" sagte sie, „laß doch den tragischen Ton — wir waren uns doch schon darüber einig geworden."

Frederic hatte sich ein wenig vorgebeugt und sie fuhr dann fort:

„Es tut mir leid, dir Kummer bereiten zu müssen, aber ich kann nichts daran ändern. Ich reiste damals mit dir fort, ohne eigentliche Ueberlegung — ich wähnte, daß ich dich liebte — und hielt daran fest — so lange wie möglich — ich wollte selbst daran glauben, daß ich dich liebte. Aber das half ja nichts. Mit jedem Tage fühlte ich stärker, daß ich den liebte, den ich verlassen hatte. Ich wäre längst zu ihm zurückgekehrt und hätte ihn um Verzeihung gebeten, wenn ich nicht gefürchtet hätte, er könne denken, es geschähe aus Angst meinerseits. Aber jetzt, da wir endlich vermuten können, daß er uns nicht finden wird, kann ich freiwillig zu ihm zurückkehren und ihm die Wahrheit sagen — und er wird sie glauben."

Einen Augenblick vergaß Evans alles, überwältigt von stürmischer Freude — er riß die Maske herunter: „Monica!"

Sie schrie auf.

Da erschollen schnelle Schritte im Korridor — die Tür wurde aufgerissen — vier schwarzgekleidete Kriminalbeamte stürzten herein.

Sie ergriffen Frederic — er setzte sich nicht zur Wehr. Noch einmal sah er Monica an. Dann sagte er mit gebrochener Stimme: „Monica... Monica ... es ist zu spät ... ich ... habe ihn getötet..."



Freigewerkschaftliche Rundschau



Trotz alledem vorwärts!

Sozialpolitische Fortschritte in der Tschechoslowakei.

Prag, Ende Februar.

Die Tschechoslowakei hat in den Jahren nach dem Umsturz den Ruf eines Landes mit sehr hoch entwickelter Sozialpolitik genossen. Nicht mit Unrecht, denn die langjährige Regierungsteilnahme der tschechischen Sozialdemokratie, in mancher Hinsicht unbestritten, hat zweifellos, wenigstens in den ersten Jahren der Republik, ihre sozialpolitische Gesetzgebung fruchtbar beeinflußt. Später hat allerdings die erstarkende Bourgeoisie dem weiteren Fortschritt in der Sozialpolitik einen Riegel vorgeschoben, bis dann die dreieinhalbjährige Herrschaft des Bürgerblocks auch auf diesem Gebiete schwere Rückschläge brachte.

Das hat denn auch dazu beigetragen, daß der Bürgerblock bei den Wahlen im Herbst 1929 in die Minderheit gedrängt wurde. Seit Dezember 1929 regiert in der Tschechoslowakei wieder eine Koalition, an der Sozialisten, und zwar diesmal auch die deutschen Sozialdemokraten teilnehmen. Bei der Verteilung der Ressorts fiel gerade das wichtige Ministerium für soziale Fürsorge an den Führer der deutschen Sozialdemokratie, den Genossen Dr. Czech. Das Arbeiten in der neuen Koalition war nicht leicht. Schon daß sie aus acht Parteien besteht, ist der Einigung über ein Arbeitsprogramm nicht eben förderlich, zumal die besonderen parlamentarischen Methoden im Prager Parlament, die auf starrster, jede Detailabstimmung erfassender Koalitionsdisziplin beruhen und daher die vorgängige Einigung über jeden Beistrich einer Regierungsvorlage erfordern, die Gesetzgebungsmaschine nur langsam, stockend und schwerfällig funktionieren lassen. Vor allem aber ist der sozialistische Block auch innerhalb der Koalition eine Minderheit und die bürgerlichen Parteien, pochend auf ihre ökonomischen Machtpositionen, auf ihre Beherrschung des in der Tschechoslowakei sehr mächtigen bürokratischen Apparats, lassen sich von den Arbeiterparteien, die überdies noch immer stark unter der bolschewistischen Spaltung leiden, jedes Zugeständnis nur mühsam abringen. Dennoch ist es den Sozialisten gelungen, insbesondere auf dem Felde der Sozialpolitik eine ganze Reihe wertvoller Erfolge zu erzielen.

In dem System der tschechoslowakischen Sozialgesetzgebung bildete gerade die Arbeitslosenfürsorge einen schwachen Punkt. Nach einer Uebergangszeit, in der staatliche Unterstützungen ausgezahlt wurden, trat hier das Genter System in Kraft, das nur dem gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in gleicher, nach fünfjähriger Organisationszugehörigkeit in anderthalbfacher Höhe, und dies nur durch dreizehn Wochen bot. Die im Jahre 1930 beschlossene Novelle verlängert die Unterstützungsdauer auf sechsundzwanzig Wochen und läßt, im Falle außerordentlicher Arbeitslosigkeit noch eine dritte Unterstützungsperiode von dreizehn Wochen zu. Gleichzeitig wurde der Staatsbeitrag auf das Drei- bezw. Vierfache der gewerkschaftlichen Unterstützung erhöht, so daß die Fachverbände ihre Unterstützungssätze ermäßigen konnten, ohne daß der Arbeitslose dadurch in der Höhe der Unterstützung verkürzt wurde. Vervollständigt wurde die Verbesserung der Arbeitslosenunterstützung durch die Einführung der produktiven Arbeitslosenfürsorge: der Staat gewährt öffentlichen Körperschaften, die Notstandsarbeiten durchführen wollen, was oft am Geldmangel scheiterte. Zuschüsse zum Arbeitslohn und erleichtert ihnen so die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten.

Da nur ein Teil, und zwar leider der kleinere Teil der Arbeiter gewerkschaftlich organisiert ist, erweist sich, besonders in Krisenzeiten das Genter System als unzulänglich. Darum hat Genosse Dr. Czech eine Kommission eingesetzt, welche die Vorarbeiten für die Einführung einer obligatorischen Arbeitslosenversicherung leisten soll. Dies ist freilich eine Arbeit auf lange Sicht. Viel weiter gediehen sind dagegen die Vorbereitungen für die Schaffung einer obligatorischen Arbeitsvermittlung; hier hat das Ministerium für soziale Fürsorge einen Gesetzentwurf bereits fertiggestellt, und so können wir hoffen, daß in absehbarer Zeit ein wertvoller Schritt zur Organisierung des Arbeitsmarktes getan wird. Auch die energische und erfolgreiche Bekämpfung des Ueberstundenunwesens, die sich Dr. Czech im Gegensatz zu seinem bürgerlichen Vorgängen sehr angelegen sein läßt, ist in der Zeit der Massenarbeitslosigkeit bedeutsam. Für die Unorganisierten und Ausgesteuerten wurde eine staatliche Ernährungsaktion eingeleitet, die durch Zuschüsse der Bezirke und Gemeinden ergänzt wird.

In der Krise zieht begreiflicherweise vor allem die Erwerbslosenfürsorge das allgemeine Augenmerk auf sich. Doch ist auch auf anderen Gebieten fruchtbare Arbeit geleistet worden, vor allem auf dem Gebiete der Jugendfürsorge. Dieser Sektor der Wohlfahrtspflege wird in der Tschechoslowakei hauptsächlich von den Bezirksjugendfürsorgen betreut, die zwar vereinsmäßig organisiert sind, aber mit den Behörden zusammenarbeiten und so halbamtlichen Charakter tragen. Unter dem Regime des Genossen Czech erfreuen sich diese Organisationen erhöhter materieller Unterstützung, vor allem aber wurde ihnen durch eine Regierungsverordnung die Aufsicht über die unehelichen und die in fremder Pflege stehenden Kinder übertragen, eine soziale Tat, die ein seit 1921 schlummerndes Gesetz zum Leben erweckte und rund 440 000 Kindern Betreuung verschaffte. Hierbei wurde, was dank der nationalen Gliederung der Bezirksjugendfürsorgen möglich war, die nationale Autonomie respektiert. Für die arbeitende Jugend wurde durch Schaffung eigener Jugendabteilungen in der Gewerbeinspektion vorgesorgt, die, sowohl in der Zentrale, als auch in den lokalen Stellen durch Jugendbeiräte aus den Reihen der erwerbstätigen Jugendlichen selbst wirksam unterstützt werden.

Auch die Justizverwaltung, an deren Spitze der Genosse Dr. Meißner steht, hat sozialpolitisch Wertvolles geschaffen. Schon im alten Oesterreich waren für Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis Gewerbegerichte mit Laienbeisitzern errichtet worden, jedoch nur in einigen großen Industriestädten. Sie sollen nun, in verbesserter Form, als Arbeitsgerichte zu einer allgemeinen Einrichtung werden. Ein sozialer Fortschritt von höchster Bedeutung ist das neue Jugendstrafrecht, das den Vergeltungsgedanken fast restlos durch den Erziehungsgedanken verdrängt und das durch ein, allerdings noch im Vorbereitungsstadium befindliches Gesetz über die Fürsorgeerziehung zu voller Wirksamkeit gebracht werden soll.

Von ganz eminenter Bedeutung ist aber in der Tschechoslowakei das Wohnungsproblem. Auf diesem Gebiete hatte der Bürgerblock den seit dem Kriege bestehenden Mieterschutz radikal abzubauen begonnen, und es bedurfte der äußersten Kraftanstrengung der Sozialisten, um dieser Tendenz entgegenzutreten und die zweimalige, jetzt bis Ende 1931 befristete Verlängerung des Mieterschutzes ohne Lockerung der Kündigungsbeschränkungen und ohne Mietzinserhöhung — abgesehen von Mietern mit hohem Einkommen — zu erzwingen. Auch die staatliche Wohnbauförderung wurde verbessert. Der Bürgerblock hatte von den unmittelbar nach dem Krieg ziemlich ausgiebigen Unterstützungsmaßnahmen nur gewisse Steuererleichterungen und eine Kreditgarantie für Baudarlehen übrig gelassen. Mit dieser Unterstützung konnten Proletarierwohnungen nicht geschaffen werden. Erst die Einführung von staatlichen Annuitätenzuschüssen zur Verzinsung und Tilgung des Baukredits durch das Bauförderungsgesetz von 1930 wird die Einstellung von etwa 22 000 Kleinstwohnungen zu erschwinglichen Mietpreisen möglich machen.

Eine ganze Reihe von Maßnahmen der staatlichen Sozialpolitik erfordert die Mitwirkung der Selbstverwaltung. So die produktive Arbeitslosenfürsorge, die Ernährungsaktion, die Wohnbauförderung. Der Bürgerblock hatte den Selbstverwaltungskörpern die Einnahmequellen unerträglich gedrosselt und von ihrer Finanzhoheit fast nichts übrig gelassen. Deshalb ist es sozialpolitisch von großer Bedeutung, daß es auch hier den Sozialisten gelungen ist, einen Fortschritt zu erzielen. Zunächst wurden die Länder durch Erhöhung der Biersteuer saniert, wobei aber die Erhöhung nicht auf den Konsum abgewälzt werden darf. Den Bezirken und Gemeinden aber wurden erhöhte Einnahmen erschlossen und auch ihre Abhängigkeit von den Aufsichtsbehörden gelockert.

Der sozialpolitische Fortschritt ist im Jahre 1930 nicht so stürmisch wie unmittelbar nach der Revolution. Aber angesichts des ganz anderen Widerstandes in ganz Mitteleuropa ist er nicht geringer einzuschätzen als jener. Die deutschen Arbeiter in der Tschechoslowakei sind keineswegs blind gegen die Schattenseiten der Koalitionspolitik; aber alle sind sie stolz auf die Leistungen ihres Dr. Czech. Vor allem aber werten sie die sozialpolitischen Erfolge als Frucht der solidarischen Zusammenarbeit der tschechischen und deutschen Sozialdemokratie, die sich nun schon in der Opposition und in der Regierung bewährt hat und auf der die Zukunftshoffnung der Arbeiterklasse in der Tschechoslowakei beruht.

An die Arbeiterorganisationen in allen Ländern!

Die reaktionäre Welle, die durch Europa geht, bedroht in immer höherem Grade die Arbeiterbewegung in allen ihren Formen. Der Faschismus in Italien hat nicht nur die Pressefreiheit, die Versammlungsfreiheit, die Wahlfreiheit, sondern auch die Grundlagen der freien Gewerkschaftsbewegung vernichtet.

Er ist zum Vorbild der Reaktion in den anderen Ländern geworden,

überall richtet sich der Kampf gleichermaßen gegen die politischen und gewerkschaftlichen Errungenschaften der Arbeiterbewegung.

In Polen hat man nicht nur die Wahlen zum Sejm verfälscht, die oppositionellen Abgeordneten beispiellosen Martern in Brest-Litowsk und in anderen Gefängnissen unterworfen, sondern man versucht,

alle Institutionen der Arbeiterbewegung planmäßig zu untergraben.

Die Presse leidet unter scharfer Zensur, in den Krankenkassen hat man alle freigewählten Vertreter der Arbeiterschaft durch Offiziere ersetzt, keine Institution ist vor dem Gewaltregime Pilsudskis sicher.

In Jugoslawien ist die sozialistische Partei noch immer verboten, in Litauen ist zwar das Verbot durch ein Gerichtsurteil wieder umgestoßen worden, aber noch immer sind hunderte sozialistischer und gewerkschaftlicher Vertrauensmänner in den Kerkern. In Italien schmachten Deportierte auf den Inseln und gerade im Momente, wo wir unseren Appell erlassen, steht ein Prozeß gegen 24 Angeklagte bevor, der in allen Einzelheiten ein Hohn auf ein zivilisiertes Gerichtsverfahren ist. In Spanien sind unter den Tausenden, die wegen des letzten Versuches der Befreiung in den Kerker geworfen wurden, auch die Führer der sozialistischen und gewerkschaftlichen Bewegung, die Genossen Los Rios und Caballero.

Und neben den Opfern der Diktatur des Faschismus haben wir zu gedenken der Sozialisten in Sowjetrußland, die, weil sie andere Vorstellungen über den Gang der Entwicklung zum Sozialismus haben als die gegenwärtig Herrschenden, von der Diktatur des Bolschewismus im Gefängnis und Verbannung schwerste Leiden zu erdulden haben.

Die Sozialistische Arbeiter-Internationale hat 1926 einen

Hilfsfonds für die Arbeiterbewegung in den Ländern ohne Demokratie

geschaffen und ihn nach dem großen Märtyrer des proletarischen Freiheitskampfes **Matteotti-Fonds genannt.** In Durchführung der Beschlüsse des Stockholmer Kongresses des Internationalen Gewerkschaftsbundes im Juli 1930 wurde nun der Matteotti-Fonds auf breitere Basis gestellt, um den immer wachsenden Anforderungen besser entsprechen zu können. Das Komitee des Matteotti-Fonds, das nunmehr aus Vertretern der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und des Internationalen Gewerkschaftsbundes zusammengesetzt ist, richtet in seiner konstituierenden Sitzung den dringenden

Appell an alle Arbeiterorganisationen,

den Matteotti-Fonds auf das tatkräftigste zu unterstützen. Es ist uns gelungen, in den fünf Jahren seines Bestehens 200 000 Schweizer Franken aufzubringen. Aber das ist wenig gegenüber dem, was für die Gefangenen, für die Verfolgten, geleistet werden müßte, und noch weniger gegenüber dem, was notwendig ist im Kampfe zur Wiederherstellung der Demokratie und zur Abwehr der Vorstöße des Faschismus. Wir stellen daher an alle Arbeiterorganisationen das dringende Ersuchen, mit allem Ernst nachzuprüfen, was sie für den Matteotti-Fonds leisten können. Wir wissen, daß die Lage in den meisten Länderne außerordentlich schwer ist. In opferreichen Wahlkämpfen und gewerkschaftlichen Kämpfen hat sich die Arbeiterschaft gegen die Reaktion in allen Formen zu wehren. Die materielle Lage ist infolge der Weltkrise und der katastrophalen Arbeitslosigkeit drückender als jemals. Aber im Angesicht aller dieser Schwierigkeiten in jedem einzelnen Lande müssen wir dennoch zur

Solidarität mit den Meistbedrückten

aufrufen, zur Hilfeleistung für die Arbeiterbewegung in den Ländern ohne Demokratie. In einzelnen Ländern haben die Arbeiterorganisationen schon erhebliche Opfer für den Matteotti-Fonds gebracht. Vor allem richten wir daher den Appell an jene Arbeiterorganisationen, die bisher nur einen bescheidenen oder gar keinen Beitrag für den Matteotti-Fonds leisteten, bitten aber auch alle anderen, nachzuprüfen, ob nicht die Zeit für ein weiteres Opfer gekommen ist.

Wir haben die Genugtuung, gerade in den letzten Monaten, vor allem durch die Opferwilligkeit der Gewerkschaften, gegenüber der Arbeiterbewegung in Polen unsere Pflicht erfüllt zu haben. Es gilt dies fortzusetzen, denn unsere Genossen in Polen, aber auch alle anderen in den Ländern der Diktatur, bedürfen noch auf lange Zeit hinaus der Hilfe der Arbeiter der freien Länder.

Unser Appell ist ebenso ernst wie dringend. Wir haben die Zuversicht, daß er nicht vergeblich sein wird.

Das Komitee zur Verwaltung des Matteotti-Fonds:

Friedrich Adler, Sekretär der S. A. J.
Walter Schevenels, Sekretär des J. G. B.
Robert Grimm, Schweiz. Sozialdem. Partei.
Leon Jouhaux, Französischer Gewerkschaftsbund.
Joseph Van Roosbroeck, Belgische Arbeiterpartei.
Martin Meister, Schweiz. Gewerkschaftsbund.

Außerordentlicher Kongreß des Ungarischen Gewerkschaftsbundes

Die Lage der ungarischen Arbeiterschaft hat sich im vergangenen Jahre dauernd verschlechtert. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Landesdurchschnitt um nicht weniger als 21,6 Prozent gestiegen. Im Januar 1930 zählten die Gewerkschaften, die insgesamt zirka 110 000 Mitglieder umfassen, 21 500 Arbeitslose, im Januar dieses Jahres 26 100. Insgesamt gibt es in Ungarn zur Zeit mindestens 152 0000 erwerbslose Industriearbeiter. Da keine gesetzliche Arbeitslosenversicherung vorhanden ist, drückt die ganze Last der Arbeitslosenfürsorge auf die Gewerkschaften. Diese haben denn auch im abgelaufenen Jahre nicht weniger als 1,6 Millionen Pengö an Arbeitslosenunterstützungen ausgezahlt. Zieht man die übrigen Unterstützungen in Betracht, so kommt man auf einen Gesamtbetrag von 2,6 Millionen Pengö. Was die Lebenshaltung der ungarischen Arbeiter betrifft, so ist charakteristisch, daß sich der durchschnittliche Wochenlohn eines industriellen Facharbeiters kaum auf 40 Pengö stellt, während das wöchentliche Existenzminimum mindestens 73 Pengö beträgt. Erfreulich ist, da ßsich die Mitgliederzahl der Landeszentrale trotz dieser ungünstigen Verhältnisse und trotz einer beträchtlichen Auswanderung kaum verändert hat.

Im Hinblick auf die wesentliche Verschlechterung der Wirtschaftslage und der Lage der Arbeiterschaft hielt der Ungarische Gewerkschaftsbund vergangene Woche einen außerordentlichen Kongreß ab, der eine Resolution annahm, in der insbesondere auf die langsame Ausführung der von den Behörden wiederholt versprochenen öffentlichen Arbeiten hingewiesen wird. Es wird von der Regierung die Einleitung einer systematischeren Wirtschaftspolitik und insbesondere auch ein energischeres Auftreten gegenüber dem Bankkapital verlangt, das auch heute noch (wie übrigens in den meisten Ländern des Balkan und des nahen Ostens, d. R.) mit unbegründet hohen Zinsen die Ankurbelung der Wirtschaft unmöglich macht. In der Arbeitszeitfrage sprach sich der Kongreß für die allgemeine und gesetzlich gewährleistete Einführung des Achtstundentages bezw. der 48-Stundenwoche aus. Ferner soll die Regierung eine Erhebung einleiten, um festzustellen, in welchen Industrien zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die Einführung der 40-Stundenwoche nötig erscheint. Auf sozialpolitischem Gebiet verlangte der Kongreß die sofortige Unterbreitung eines Gesetzes über die obligatorische Arbeitslosenversicherung. Ferner soll zur sofortigen Unterstützung der Erwerbslosen ein außerordentlicher Hilfsfonds geschaffen werden, zu dem Arbeiter, Arbeitgeber und Staat im gleichen Verhältnis beitragen. Zum Schluß konstatierte der Kongreß, „daß die Mehrzahl der Werktätigen Ungarns nicht in der Lage ist, das tägliche Brot zu verdienen. Diese Sachlage bringt die größten Gefahren mit sich, und der Kongreß macht jene dafür verantwortlich, die nicht die nötigen und möglichen Maßnahmen ergreifen, um einer Katastrophe zuvorzukommen".

Die tschechoslowakischen freien Gewerkschaften im Jahre 1929

Die Septembernummer des Hauptorganes der tschechoslowakischen Gewerkschaftszentrale bringt den Bericht des Zentralsekretariates über den Stand und die Wirtschaftsgebahrung der angeschlossenen Gewerkschaften im Jahre 1929. Diesem Bericht zufolge gehörten der freien Landeszentrale Ende des Jahres 1929 67 Verbände mit 559 522 Mitgliedern an (Ende des Jahres 1928 71 Verbände mit 552 905 Mitgliedern). Es ist somit ein Zuwachs von 6617 Mitgliedern zu verzeichnen. Die Verbandszahl hat sich um 4 vermindert (der Sattlerverband vereinigte sich mit der Union der Lederarbeiter; ferner sind 3 Verbände aus der Landeszentrale ausgetreten, weil sie die Vereinigung mit den zuständigen Industrieverbänden ablehnten). 22 der 67 Verbände sind deutsche Organisationen. Sie umfassen 201 506 Mitglieder und werden in der gemeinsamen Landeszentrale durch den Deutschen Gewerkschaftsbund (Reichenberg) vertreten. Von den Mitgliedern der freigewerkschaftlichen Verbände waren 440 290 Männer und 115 232 Frauen. Die stärksten Verbände der Landeszentrale sind folgende:

Zentralverbände: Bauarbeiter (16 610 Mitglieder), Bergarbeiter (16 213), Eisenbahner (41 618), Landarbeiter (17 862), Metallarbeiter (63 710), Privatangestellte (30 647), Textilarbeiter (29 241).

Deutsche Verbände: Bergarbeiter (13 261), Eisenbahner (16 795), Metallarbeiter (25 205), Privatangestellte (19 843), Textilarbeiter (53 706).

Die Wirtschaftsgebarung der Verbände ergibt folgendes Bild: Die Einahmen betrugen 86 670 816 Kronen, die Ausgaben 778 574 941 Kronen, der Vermögensbestand 101 670 816 Kronen. Die Bilanzsummen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahre um 8—1½ Prozent. An Unterstützungen zahlten die Verbände insgesamt 30 604 346 Kronen aus, d. s. 39 Prozent ihrer Gesamtausgaben. Die Arbeitslosenunterstützung, die im Jahre 1928 6 293 196 Kronen betrug, stieg im Jahre 1929 auf 9 695 896 Kronen.

Die freien Gewerkschaften gaben 99 Zeitschriften heraus, hiervon 12 Wochen- und 16 Halbmonats-Blätter (die übrigen wurden in längeren Zeiträumen veröffentlicht). In tschechoslowakischer Sprache erschienen 54, in deutscher 38, in magyarischer 5 und in polnischer Sprache 2 Blätter.

Der Bandenführer und seine Freundin

Mary und Brent — Spannung in der Luft.

Es fällt einem noch immer schwer, sich das Milieu von Verbrechern anders vorzustellen als in Form von Spelunken und Kellern, in denen finsterblickende Burschen mit Narben im Gesicht herumsitzen, Straßenmädel letzter Sorte auf den Knien und ein Messer im Holz der Tischplatte mit Bierkrügen und Schnapsgläsern. Natürlich ist der Raum verqualmt und düster beleuchtet, an der Tür steht ein Posten, und wer nicht zur Bande gehört, wird von Revolverkugeln zum Sieb gemacht, wenn er es wagt, hier einzudringen.

Ja, also Petes Bar an der Wabash Avenue in Chikago sieht ganz anders aus. Erstklassiges Lokal das. Und man bekommt auch heute noch Cocktails dort, die...

Aber das soll ja keine Säufergeschichte werden, sondern die Geschichte von Marys gefährlicher Eifersucht. Brent von der Tribüne kannte sie, denn Mary war bis vor ein paar Monaten Stenotypistin, Liebling des Büros und Sekretärin des City Editors. Bei Tag sah sie aus, wie eine moderne Frau eben auszusehen hat; schön, groß, schlank. Ganz das Girl aus der amerikanischen Kurzgeschichte, das alles weiß, alles kann und alles tut, etwas von seiner Damenwürde aufzugeben und infolgedessen zuletzt immer den Chef, der natürlich immer ein Millionär ist, heiratet. Nun, das kam anders.

Wir saßen also in Petes Bar, als sie hereinkam.

Mit einem anderen Mädel, das unscheinbar aussah, neben ihr. Denn Marys Körper ist von einer Pracht, einer so majestätischen Schönheit, ist so vollkommen in Form und Bewegung, daß es einem einen Riß gibt. Da dreht die andere den Kopf. Ein wunderbares Gesicht. Eine Reinheit der Züge, Augen...

Welche von beiden? „Ich möchte mit der einen ausgehen und mit der anderen heimkommen", sagte Brent. Aber es lachte niemand.

Fühlt man es, wenn eine gefährliche Spannung in der Luft liegt?

Mary und ihre Freundin haben sich an einen Tisch knapp an der Bar gesetzt.

Nun und dann kam Hart, von dem Brent fest und steif behauptete, er sei einer der gefährlichsten Verbrecherführer. Es muß wohl wahr gewesen sein. Aber der Mann, der sich an den Tisch setzte, sah wie ein höherer Bankbeamter aus. Graue Schläfen, elegant und unauffällig gekleidet. Tiefe, braune Augen.

Wir ahnten damals nichts von der Tragödie, die sich wenige Stunden später abspielte. Aber Brent pfiff leise durch die Zähne und ließ Hart nicht aus den Augen.

Der unterhielt sich mit der Kleinen. Nicht mit Mary.

Brent kannte das Verhältnis der beiden,

erriet es zumindest: Mary war Harts Freundin.

Es kamen noch zwei junge Leute an den Tisch Harts. Die Gesellschaft unterhielt sich scheinbar glänzend. Einmal sah ich, wie Mary ihren Freund sinnend anschaute. Wie sie ihn dann beobachtete, als er ihrer Freundin unauffällig über den Arm strich. Ich sah dann auch, wie Mary in ihrer Handtasche kramte, die sie im Schoß liegen hatte, wie sie sich dann die Lippen schminkte und aus einer Dose Dutzende Zigaretten nahm. Auch Brent sah das. Und meinte, es werde drüben bald Krach geben, denn Mary rauche nur, wenn sie wütend sei.

Es kam zu keiner Szene. Mary lächelte nur. Das Lokal war voll geworden und die Stimmung wurde immer besser. Pete hatte eben einen Sprechapparat gekauft, einen der automatischen Apparate, und der sang jetzt wehmütige Lieder in den Raum.

„Everybody's doing it" ging ein Refrain. Ich erinnere mich genau daran. Und dann eine alte Platte von Jack Smith.

Gerade da gingen sie drüben.

Wir brachen auch auf. Vor der Bar stand eine Reihe von Autos.

Alles ging dann wahnsinnig rasch. Einer der Burschen sagt Hart etwas. Der reißt Marys Handtasche an sich, nimmt etwas heraus.

Brent reißt uns zurück hinter einen Wagen. Ich sehe Hart die rechte Hand heben und höre sechs scharfe Klicks. Gleichzeitig zwei dumpfe Kracher. Hart greift in die Luft, gurgelt und fällt vornüber aufs Pflaster. Panik natürlich. Das Auto saust davon. Geschrei...

Das Grauenhafteste aber ist Mary. Sie steht vor dem toten Hart und lacht. Nicht schrill, wie es oft Wahnsinnige tun. Mary steht da und lacht leise vor sich hin. Schmunzelnd fast. Lacht wie ein Revuestar... Drüben steht die andere, starrt Mary an. Natürlich mußten wir alle mit auf die Polizei.

Larroy, der Brent gut kannte, machte Dienst.

Wir konnten ja nicht viel erzählen.

War ja auch nichts Geheimnisvolles an dem Mord. Irgendeine Gegenbande hatte Hart kaltmachen lassen. Alltäglich das. Larroy fragte nach allerlei, wollte wissen, ob Mary oder wer anders von der Gesellschaft nach der Ankunft Harts vom Tisch weggewesen wäre. Ich erinnerte mich genau, daß niemand aufgestanden war.

Wir begleiteten dann Brent in die Tribune. Denn natürlich mußte er noch einen Bericht machen. Wie gesagt, es war nicht viel daran an dem Fall.

Wir saßen vielleicht eine Stunde in dem riesenhaften Saal, in dem die Reporter der Tribune arbeiteten. Lärm, Geknatter von Schreibmaschinen.

Da läutete das Telephon auf dem Tisch Brents. Und Larroy erzählte ihm, daß man vor ein paar Minuten Mary am Michiganboulevard aufgriff. Starr war sie mitten in ein Auto gelaufen.

Der Verkehrsmann hatte sie durch einen Zufall erwischt.

Sie hatte sich losgerissen und wäre um ein Haar unter ein Auto gekommen.

Als der Cob sie wieder packte, schrie sie schluchzend auf.

Jetzt schüttelt sie ein Weinkrampf und immer wieder schrie sie, sie habe Hart ermordet.

Was nach vielen Stunden des Zuredens ans Licht kam, war dies: Mary hatte immer einen Browning in ihrer Handtasche getragen, den Browning ihres Freundes Hart. Hatte das getan, weil er bei einer Razzia keine Waffe haben durfte. Mary hatte gesehen, wie er ihrer Freundin schön tat. Sie konnte es nicht erklären, aber plötzlich ergriff sie unsinnige Wut. Sie nahm die Patronen aus dem Magazin. Und als später Hart auf den Gegner feuern wollte, Hart, Sie hatte ihn wehrlos gemacht. Hatte ihn getötet. Immer wieder schrie sie das. Was hätte Larroy mit ihr tun sollen. Sie hatte kein Verbrechen begangen.

J. H. Hofer.



Die Macht der Gewohnheit

wie sie sich bei einem Tuba-Spieler äußern kann.

Rundfunk

Kattowitz — Welle 408,7

Dienstag. 12.10: Mittagskonzert. 15.35: Vorträge. 16.10: Kinderstunde. 16.25: Schallplatten. 17.15: Vortrag. 17.45: Symphoniekonzert. 18.45: Vorträge. 20: Uebertragung einer Oper.

Warschau — Welle 1411,8

Dienstag. 12.10: Mittagskonzert. 15.35: Vorträge. 16.15: Schallplatten. 17.15: Vortrag. 17.45: Volkstümliches Symphoniekonzert. 18.45: Vorträge. 19.50: Opernaufführung.

Gleiwitz Welle 259. Breslau Welle 325.

Dienstag, 3. März. 12.35: Wetter; anschließend: Was der Landwirt wissen muß! 15.35: Kinderfunk. 16.00: Unterhaltungskonzert. 16.30: Aus der Sportarena in der Jahrhunderthalle in Breslau: Breslauer Sechstagerennen. 16.55: Unterhaltungskonzert. 17.25: Das Buch des Tages. 17.40: Fünfzehn Minuten Technik. 18.00: Etwas aus der Zahnheilkunde. 18.30: Stunde der werktätigen Frau. 19.00: Wettervorhersage; anschließend: Russische Volksmusik auf Schallplatten. 19.30: Wettervorhersage; anschließend: Ist Krebs heilbar? 20.00: Heitere Musik. 21.00: Börries Freiherr von Münchhausen liest aus eigenen Werken. 21.30: „Die Walküre", Oper von Richard Wagner. 22.30: Zeit, Wetter Presse, Sport, Programmänderungen. 22.45: Mitteilungen des Verbandes der Funkfreunde Schlesiens e. V. 22.50: Morsekursus für Kurzwellenamateure. 23.10: Unterhaltungsmusik auf Schallplatten. 23.40: Aus der Sportarena in der Jahrhunderthalle Breslau: Breslauer Sechstagerennen. 0.10: Funkstille.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Vortragsfolge des Bundes für Arb.-Bildung in Schwientochlowitz.

9. Vortrag am 3. März 1931, Gen. Knappik: Berufskrankheiten.

Kattowitz. Am Dienstag, den 3. d. Mts., abends um ½8 Uhr, findet im Saale des Zentralhotels ein interessanter Vortrag statt. Thema: „Grundbegriffe des Sozialismus". Referent: Gen. Dr. Bloch.

Bismarckhütte. Montag, den 2. März, abends 7 Uhr, bei Brzezina Lichtbildervortrag. Referent: Lehrer Boidoll.

Königshütte. Am Mittwoch, den 4. März, Lichtbildervortrag über „Die indische Welt". Referent: Herr Studienrat Nothmann.

Versammlungskalender

Kattowitz. (Freidenker.) Am Sonntag, den 8. März, nachmittags 3 Uhr, findet im Zentralhotel die fällige Mitgliederversammlung statt. Gäste willkommen.

Kostuchna. (Arbeiterjugend.) Am Donnerstag, den 5. März, Lichtbildervortrag im Schlafhaussaal. Sprecher: Gen. Siegert.

Arbeiterwohlfahrt.

Kattowitz. (Vorstandssitzung der Arbeiterwohlfahrt.) Am Montag, den 2. März, nachm. 3 Uhr, eine wichtige Sitzung im Zimmer 23; die Genossinnen von Welnowiec, Zalenze und Zawodzie müssen auch erscheinen.

Arbeitsgemeinschaft für Arbeiterwohlfahrt.

Am Mittwoch, den 4. März, früh 9 Uhr, beginnt in Kattowitz und nachmittags in Siemianowitz ein neuer Kochkursus. Interessenten — Frauen und Töchter unserer Mitglieder — können sich melden.

Kattowitz (Monatsplan der S. J. P.).

Montag, den 2. März 1931: Gesangsstunde.

Maschinisten und Heizer.

Bismarckhütte. Am Dienstag, den 3. März, nachm. 5 Uhr bei Brzezina Mitgliederversammlung.

Lipine. Am Freitag, den 6. März, nachm. 5 Uhr, bei Haase.

Metallarbeiter.

Kattowitz. Dienstag, den 3. März, nachmittags 5 Uhr, Ortsvorstandssitzung.

Verantwortlicher Redakteur in Vertretung: Max Bonzoll, Katowice, ul. Kościuszki 29; für den Inseratenteil: Franz Rohner, wohnhaft in Katowice. Verlag und Druck „Vita", nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, ulica Kościuszki 29.

